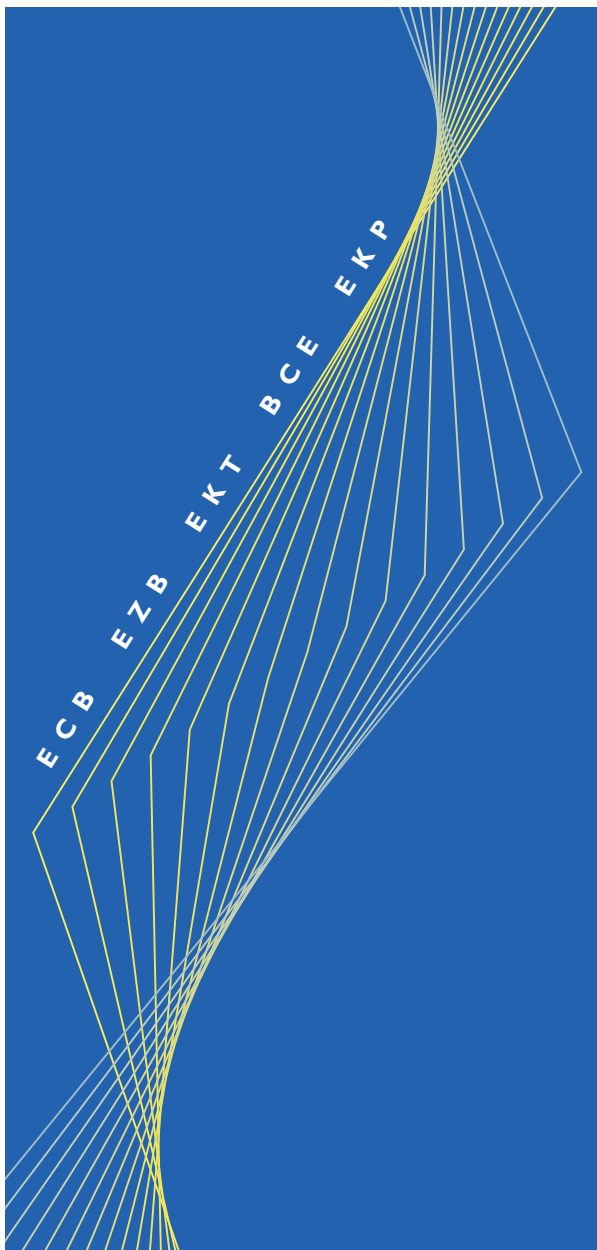




EUROPÄISCHE ZENTRALBANK



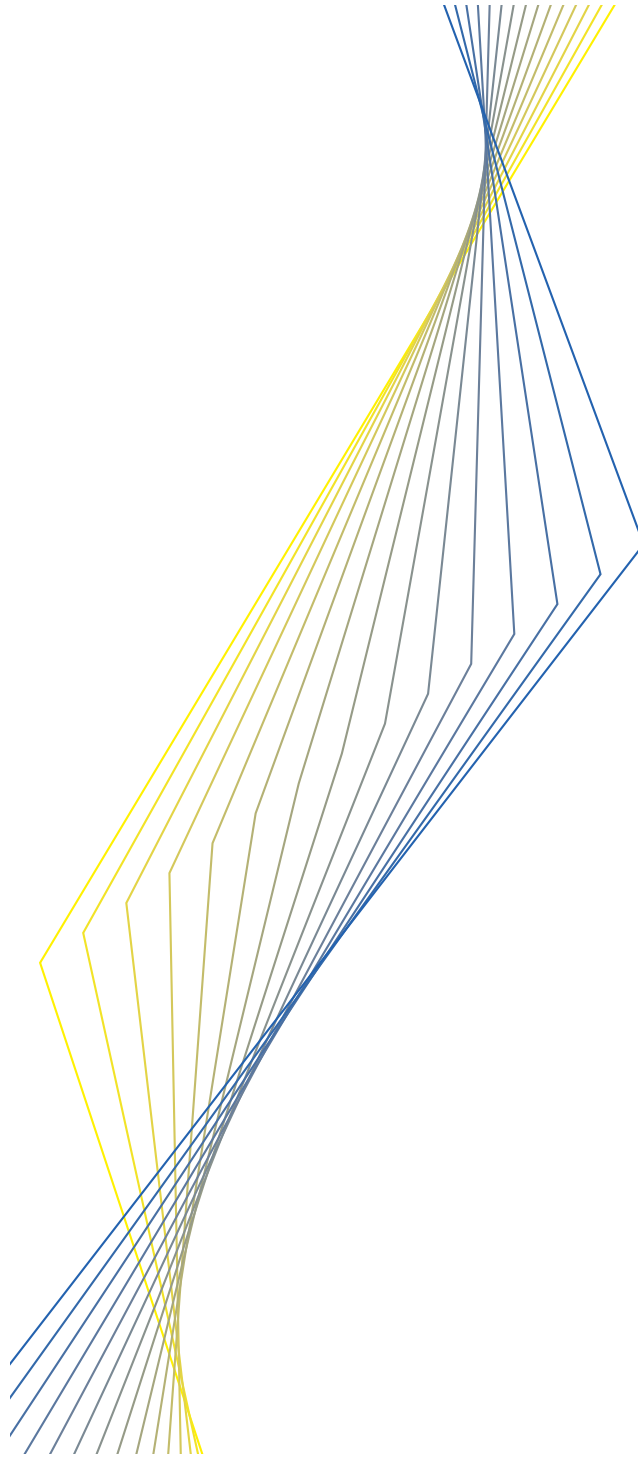
**MISMATCHES AM ARBEITSMARKT  
DER LÄNDER DES  
EURO-WÄHRUNGSGEBIETS**

**März 2002**





EUROPÄISCHE ZENTRALBANK



**MISMATCHES AM ARBEITSMARKT  
DER LÄNDER DES  
EURO-WÄHRUNGSGEBIETS**

**März 2002**

© Europäische Zentralbank, 2002

<b>Anschrift</b>	<b>Kaiserstraße 29</b> <b>D-60311 Frankfurt am Main</b>
<b>Postanschrift</b>	<b>Postfach 16 03 19</b> <b>D-60066 Frankfurt am Main</b>
<b>Telefon</b>	<b>+49 69 1344 0</b>
<b>Internet</b>	<b><a href="http://www.ecb.int">http://www.ecb.int</a></b>
<b>Fax</b>	<b>+49 69 1344 6000</b>
<b>Telex</b>	<b>411 144 ecb d</b>

*Übersetzt im Auftrag der Deutschen Bundesbank.*

*In Zweifelsfällen gilt der englische Originaltext.*

*Alle Rechte vorbehalten.*

*Die Anfertigung von Fotokopien für Ausbildungszwecke und nichtkommerzielle Zwecke ist mit Quellenangabe gestattet.*

ISBN 92-9181-278-1

# Inhalt

<b>Zusammenfassung</b>	4
<b>I Einleitung</b>	6
<b>2 Analyserahmen: Der Ausgleichsprozess am Arbeitsmarkt</b>	7
<b>3 Entwicklung der Mismatches am Arbeitsmarkt der Euro-Länder</b>	10
3.1 Allgemeine Entwicklung der Arbeitsmärkte im Euro-Währungsgebiet im Verlauf der Neunzigerjahre	10
3.2 Entwicklung der Mismatch-Indikatoren	15
<b>4 Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarkts</b>	23
<b>5 Schlussbemerkungen</b>	31
Anhänge	32
Literaturverzeichnis	40

## Zusammenfassung

Im Jahr 2001 belief sich die Arbeitslosenquote im Euro-Währungsgebiet auf 8,5 %, doch gleichzeitig klagten die Unternehmen im Euroraum über Schwierigkeiten bei der Besetzung von Stellen. Dieses Überangebot an Arbeitskräften bei gleichzeitig unbefriedigter Nachfrage nach Arbeitskräften lässt darauf schließen, dass das Eurogebiet nur unzureichend in der Lage ist, das Arbeitskräfteangebot und die Nachfrage nach Arbeitskräften in Einklang zu bringen. Effiziente Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt sind aus folgenden Gründen jedoch von erheblicher Bedeutung für die Geldpolitik:

- Das Funktionieren des Arbeitsmarkts hat Auswirkungen auf das wirtschaftliche Umfeld, in dem die Geldpolitik durchgeführt wird. Eine ineffiziente Allokation der Arbeitskräfte mindert das Produktionspotenzial und dämpft auf kurze Sicht das ohne inflationäre Spannungen erreichbare Wachstum. Werden die Arbeitsmärkte dahingehend flexibler, dass Angebot und Nachfrage besser zusammengebracht werden können, dürfte dies vorübergehend zu einem höheren Potenzialwachstum der Volkswirtschaft des Euroraums führen, bis auch eine höhere Beschäftigungsquote erreicht ist.
- Engpässe am Arbeitsmarkt, die auf ineffiziente Ausgleichsprozesse zurückzuführen sind, können außerdem zu allgemeinen, über die Zunahme der Arbeitsproduktivität hinausgehenden Lohnsteigerungen führen und somit preistreibend wirken. Allgemein ist davon auszugehen, dass effizientere Ausgleichsprozesse auch das Risiko mindern dürften, dass Konjunkturaufschwünge, der Strukturwandel und die zu erwartenden demographischen Veränderungen im Euroraum zu einem Arbeitskräftemangel und einem Aufwärtsdruck auf Löhne und Preise führen.
- Eine höhere Effizienz beim Arbeitsmarktgleichgewicht im Euro-Währungsgebiet in Verbindung mit einem erhöhten Maß an Lohn-

flexibilität dürfte die Reaktion der Löhne und Preise auf geldpolitische Maßnahmen beschleunigen und die kurzfristigen Auswirkungen der Geldpolitik auf die Realwirtschaft abschwächen. Die verbesserte kurzfristige Wechselwirkung zwischen Inflation und Wachstum würde die Durchführung der stabilitätsorientierten Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) erleichtern.

- Effizient funktionierende Arbeitsmärkte sind für die Teilnehmerländer der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) von besonderer Bedeutung, da diese nicht mit länderspezifischen geld- und wechsellkurspolitischen Maßnahmen auf asymmetrische wirtschaftliche Schocks reagieren können.

Vor diesem Hintergrund verfolgt dieser Bericht, der vom geldpolitischen Ausschuss des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB)<sup>1</sup> erstellt wurde, das Ziel, statistische Daten über den Ausgleichsprozess auf den Arbeitsmärkten im Euroraum zusammenzutragen und Maßnahmen zur Verbesserung dieses Prozesses zu erörtern.

Die bei den Ausgleichsprozessen zu verzeichnenden Veränderungen lassen sich deshalb nur schwer beschreiben, weil die Daten, die der Analyse zugrunde liegen, zum Teil sehr unzureichend sind, und zwar sowohl hinsichtlich ihrer Qualität als auch ihrer Vergleichbarkeit. Dies gilt insbesondere für die Angaben zu den offenen Stellen, die nicht für alle Euro-Länder vorliegen und dann auch nur einen Bruchteil der tatsächlichen freien Stellen erfassen. Darüber hinaus hat sich der Erfassungsgrad der Daten zu den offenen Stellen im Berichtszeitraum in einigen Ländern verändert, wodurch die Vergleichbarkeit der Ergebnisse im Zeitverlauf gestört wird. Auch werden die ebenfalls in diesem Bericht verwendeten Daten zur Langzeitarbeitslosigkeit durch statistische Probleme in einigen Län-

<sup>1</sup> Zur Erstellung des vorliegenden Berichts zog der geldpolitische Ausschuss Experten der Zentralbanken des Eurosystems heran.

dern beeinträchtigt. Deshalb müssen alle empirischen Ergebnisse mit der erforderlichen Vorsicht interpretiert werden, und aus demselben Grund werden im vorliegenden Bericht keine vorschnellen Schlüsse gezogen.

Gegen Ende des vergangenen Jahrzehnts war in fast allen Ländern des Eurogebiets eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation sowohl hinsichtlich des Beschäftigungswachstums als auch des Abbaus der Arbeitslosigkeit zu beobachten, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß. Von 1997 bis 2001 nahm die Beschäftigung im Eurogebiet mindestens ebenso rasch zu wie in den Vereinigten Staaten. Der starke zahlenmäßige und prozentuale Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit, der während des Konjunkturaufschwungs von 1997 bis 2000 in den meisten Euro-Ländern und im Euroraum insgesamt zu verzeichnen war, scheint ebenfalls auf eine Entspannung an den Arbeitsmärkten gegen Ende der Neunzigerjahre hinzudeuten. Allein die Größenordnung des Rückgangs lässt wohl darauf schließen, dass es sich nicht lediglich um ein rein konjunkturelles Phänomen handelte. Gleichzeitig stand die Verknappung der Arbeitskräfte zwischen 1997 bis 2000 offenbar im Zusammenhang mit zunehmenden qualifikatorischen und regionalen Mismatches. Dies deutet möglicherweise darauf hin, dass sich die Struktur des Arbeitskräfteangebots nur schwer an die veränderte Nachfrage nach Arbeitskräften anpasste, die auf das zunehmend von Wettbewerb geprägte globale Umfeld und den raschen technologischen Wandel zurückzuführen war. Zwar schlugen sich vorhandene Mismatches in Verbindung mit der konjunkturbedingt angespannten Lage am Arbeitsmarkt von 1997 bis 2000 womöglich in bestimmten Sektoren und Regionen in einem Aufwärtsdruck auf die Löhne nieder, doch übertrug sich dies nicht auf den gesamten Euroraum, vor allem weil die Tarifparteien im Großen und Ganzen Lohnzurückhaltung übten.

Betrachtet man die Neunzigerjahre insgesamt, so zeigt die Analyse starke Unterschiede der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der offenen Stellen zwischen den einzelnen Ländern,

was auf die beträchtliche Heterogenität der Arbeitsmärkte im Eurogebiet hinweist. Bei einigen Ländern des Euro-Währungsgebiets kann keine eindeutige Veränderung der Relation zwischen der Arbeitslosenquote und der Quote der offenen Stellen, die mit Hilfe der so genannten Beveridge-Kurve dargestellt wird, festgestellt werden. Bei manchen Ländern ist eine Verschiebung der Beveridge-Kurve nach außen zu beobachten, bei einem Land eine Verschiebung nach innen. Für das Eurogebiet insgesamt dürften diese heterogenen Entwicklungen der einzelnen Ländern in den Neunzigerjahren zu einer Verschiebung der Beveridge-Kurve nach außen geführt haben, was teilweise auf eine Ausweitung der qualifikatorischen und berufsbedingten Mismatches im Verlauf dieses Jahrzehnts zurückgeführt werden könnte.

Die gezielten Arbeitsmarktreformen, die in den Neunzigerjahren in den Euro-Ländern ergriffen wurden, trugen während des Konjunkturaufschwungs von 1997 bis 2000 zum kräftigen Beschäftigungswachstum und zum deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit in vielen Euro-Ländern bei. Dies vollzog sich trotz des zunehmend von Wettbewerb geprägten globalen Umfelds und des mit einer vermehrten Nachfrage nach Fachkräften einhergehenden technologischen Wandels. Beide Entwicklungen verstärken in der Regel die negativen Folgen bestehender Schief lagen am Arbeitsmarkt. Es lässt sich nur schwer abschätzen, inwieweit diese Reformen die Lage am Arbeitsmarkt verbessert haben, indem sie ein besseres Funktionieren der Arbeitsmärkte im Allgemeinen gefördert oder dazu beigetragen haben, dass es den Arbeitsmärkten besser gelingt, insbesondere Arbeitslose und offene Stellen zusammenzubringen. Gleichwohl lassen die erhobenen Daten darauf schließen, dass in vielen Bereichen nach wie vor gravierende Ungleichgewichte bestehen, die noch reichlich Spielraum für eine Fortsetzung des Reformprozesses am Arbeitsmarkt lassen. Jedes Land sollte die grundlegenden Ursachen dieser Ungleichgewichte erkennen und entsprechende Maßnahmen ergreifen. Eine effizientere Arbeitsvermittlung, flexiblere Löhne und eine größere Lohndifferenzierung, ver-

besserte schulische und berufliche Ausbildung sowie lebenslanges Lernen, Reformen des Steuer- und des Sozialleistungssystems, weniger restriktive Kündigungsschutzbestimmungen, flexiblere Arbeitszeiten sowie Maßnahmen zur Erhöhung der Mobilität der Arbeitskräfte tragen jeweils zu einem effizienteren Ausgleichsprozess und zu flexibleren Arbeitsmärkten bei. Zwar haben die Euro-Länder dahingehend zweifellos gewisse Fortschritte bei der Verbesserung des Funktionierens ih-

rer Arbeitsmärkte erzielt, doch waren viele dieser Reformen nicht weitreichend genug oder wurden erst vor Kurzem in Angriff genommen, sodass sie erst langsam Auswirkungen zeigen. Die anhaltend hohe Arbeitslosenquote, die geringe Erwerbsbeteiligung und die sich unterschiedlich entwickelnden Arbeitsmärkte im Euroraum lassen erkennen, dass weiterhin ein großer Handlungsbedarf besteht.

## I Einleitung

Im Jahr 2001 belief sich die Arbeitslosenquote im Euro-Währungsgebiet auf 8,5 %, <sup>1</sup> doch gleichzeitig klagten die Unternehmen im Euroraum über Schwierigkeiten bei der Besetzung von Stellen. Dieses Überangebot an Arbeitskräften bei gleichzeitig unbefriedigter Nachfrage nach Arbeitskräften lässt darauf schließen, dass das Eurogebiet nur unzureichend in der Lage ist, das Arbeitskräfteangebot und die Nachfrage nach Arbeitskräften in Einklang zu bringen. Effiziente Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt sind aus folgenden Gründen jedoch von erheblicher Bedeutung für die Geldpolitik:

- Das Funktionieren des Arbeitsmarkts hat Auswirkungen auf das wirtschaftliche Umfeld, in dem die Geldpolitik durchgeführt wird. Eine ineffiziente Allokation der Arbeitskräfte mindert das Produktionspotenzial und dämpft auf kurze Sicht das ohne inflationäre Spannungen erreichbare Wachstum. Werden die Arbeitsmärkte dahingehend flexibler, dass Angebot und Nachfrage besser zusammengebracht werden können, dürfte dies vorübergehend zu einem höheren Potenzialwachstum der Volkswirtschaft des Euroraums führen, bis auch eine höhere Beschäftigungsquote erreicht ist.
- Engpässe am Arbeitsmarkt, die auf ineffiziente Ausgleichsprozesse zurückzuführen sind, können außerdem zu allgemeinen, über die Zunahme der Arbeitsproduktivität hinausgehenden Lohnsteigerungen füh-

ren und somit preistreibend wirken. Allgemein ist davon auszugehen, dass effizientere Ausgleichsprozesse auch das Risiko mindern dürften, dass Konjunkturaufschwünge, der Strukturwandel und die zu erwartenden demographischen Veränderungen im Euroraum zu einem Arbeitskräftemangel und einem Aufwärtsdruck auf Löhne und Preise führen.

- Eine höhere Effizienz beim Ausgleich an den Arbeitsmärkten im Euro-Währungsgebiet in Verbindung mit einem erhöhten Maß an Lohnflexibilität dürfte die Reaktion der Löhne und Preise auf geldpolitische Maßnahmen beschleunigen und die kurzfristigen Auswirkungen der Geldpolitik auf die Realwirtschaft abschwächen. Die verbesserte kurzfristige Wechselwirkung zwischen Inflation und Wachstum würde die Durchführung der stabilitätsorientierten Geldpolitik der EZB erleichtern.
- Effizient funktionierende Arbeitsmärkte sind für die WWU-Teilnehmerländer von besonderer Bedeutung, da diese nicht mit länderspezifischen geld- und wechsellkurspolitischen Maßnahmen auf asymmetrische wirtschaftliche Schocks reagieren können.

<sup>1</sup> Dieser Bericht wurde vor der Revision der Eurostat-Angaben zur Arbeitslosigkeit, die erstmals am 5. Mai 2002 veröffentlicht wurde, erstellt. Nach der Revision wird die Arbeitslosigkeit im Euro-Währungsgebiet im Jahr 2001 auf 8,3 % geschätzt. Alle in diesem Bericht enthaltenen Zahlen sind noch nicht revidiert.

Vor diesem Hintergrund haben Experten des Eurosystems statistische Daten über den Ausgleichsprozess auf den Arbeitsmärkten im Euroraum zusammengetragen und Maßnahmen zur Verbesserung dieses Prozesses erörtert.

Im weiteren Verlauf gliedert sich der Bericht wie folgt: Kapitel 2 erläutert den Rahmen, in dem die Analyse des Ausgleichsprozesses am

Arbeitsmarkt vorgenommen wird, Kapitel 3 erörtert einige statistische Hinweise auf Veränderungen des Ausgleichsprozesses und der an den Arbeitsmärkten im Eurogebiet herrschenden Ungleichgewichte, und Kapitel 4 untersucht die jüngsten Entwicklungen bei den Arbeitsmarktformen in den Ländern des Euro-Währungsgebiets.

## 2 Analyserahmen: Der Ausgleichsprozess am Arbeitsmarkt

Der vorliegende Bericht befasst sich mit dem Ausgleichsprozess am Arbeitsmarkt, d. h., er untersucht, inwieweit der Arbeitsmarkt in der Lage ist, Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zusammenzubringen und somit für Beschäftigung zu sorgen, indem Arbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt integriert und offene Stellen besetzt werden. Hierbei wird insbesondere auf Mismatches am Arbeitsmarkt eingegangen, also auf eine Arbeitsmarktlage, bei der die Charakteristika der Arbeitslosen hinsichtlich Ausbildung, Beruf, Wirtschaftszweig oder Region nicht den Anforderungen der verfügbaren Stellen entsprechen.<sup>2</sup>

Die Zahl der Arbeitslosen und der offenen Stellen wird durch unterschiedliche Schocks in der Wirtschaft beeinflusst:

- *Konjunkturschwankungen* wirken sich direkt auf die Lage am Arbeitsmarkt aus. Eine rückläufige Gesamtnachfrage führt in der Regel zu einer steigenden Zahl von Entlassungen und Arbeitslosen und einer sinkenden Anzahl an offenen Stellen in der gesamten Volkswirtschaft, wenngleich gewisse qualifikatorische und berufsbedingte sowie sektorale und geographische Unterschiede auszumachen sind. Eine vermehrte Gesamtnachfrage hätte den gegenteiligen Effekt.
- Der *strukturelle Wandel* wirkt sich auf die Zusammensetzung der Nachfrage nach Arbeitskräften mit den Merkmalen Ausbildung, Beruf, Region oder Wirtschaftszweig aus. So könnte sich ein struktureller Wan-

del infolge technologischen Fortschritts oder von Veränderungen der Außenhandelsstruktur in einer rückläufigen Nachfrage nach Arbeitskräften in bestimmten Wirtschaftszweigen bzw. -regionen niederschlagen, während er in anderen das Gegenteil bewirkt. Somit beeinflusst er die Zahl der Arbeitslosen und der offenen Stellen in allen Sektoren bzw. Regionen (sektoraler bzw. regionaler Mismatch). Er könnte auch zu unterschiedlichen Qualifikationsprofilen bei Arbeitnehmern und offenen Stellen führen (qualifikatorischer bzw. berufsbedingter Mismatch).

- *Veränderungen in der Struktur der Erwerbsbevölkerung* können die Folge von demographischen Veränderungen und einer veränderten Erwerbsbeteiligung sein. Auch können sich die Charakteristika der Erwerbspersonen hinsichtlich Ausbildung, Beruf oder regionaler Verteilung verändern. Eine erhöhte Erwerbsbeteiligung von Frauen oder ein vermehrter Zustrom ausländischer Arbeitskräfte dürfte sich in der Struktur der Erwerbsbevölkerung niederschlagen, wie auch eine rückläufige Er-

2 Solche Mismatches am Arbeitsmarkt können auf ein unzureichendes Funktionieren der Arbeitsmarktinstitutionen sowohl innerhalb als auch außerhalb des Arbeitsmarkts (z. B. Bildungs- und Ausbildungssysteme) zurückzuführen sein wie auch auf individuelle Präferenzen und soziale Werte (z. B. den sozialen Status einzelner Berufe). Die Bedeutung der letztgenannten Aspekte sollte zwar nicht vergessen werden, doch befasst sich dieser Bericht vorwiegend mit Ursachen im Zusammenhang mit der Funktionsweise des Arbeitsmarkts.



werbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer, etwa aufgrund von (Vor-) Ruhestand oder Erwerbsunfähigkeit.<sup>3</sup>

Ausmaß und Dauer der von diesen Schocks ausgehenden Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt hängen davon ab, von welcher Art und welchem Umfang diese sind und inwieweit der Arbeitsmarkt in der Lage ist, sie abzufedern. Hinsichtlich der Dauerhaftigkeit der Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt kann die folgende Unterscheidung getroffen werden:

- Arbeitsmarktungleichgewichte sind teilweise friktionell bedingt, da es eine gewisse Zeit dauert, eine Arbeitsstelle zu finden oder offene Stellen zu besetzen. Arbeitssuchende verfügen über nur unzureichende Informationen über die angebotenen Stellen, und den Unternehmen mit offenen Stellen sind die geeigneten Bewerber nicht hinreichend bekannt. Daher sind auch auf gut funktionierenden Arbeitsmärkten in gewissem Maße Arbeitslose und offene Stellen vorzufinden. Dies ist zumindest auf sehr kurze Sicht unvermeidbar. Hierauf zurückzuführende Ungleichgewichte können als friktioneller Mismatch am Arbeitsmarkt bezeichnet werden. Seine Größenordnung wird durch die Effizienz bei der Einholung, Verarbeitung und Auswertung der erforderlichen Informationen bei den Arbeitslosen wie auch bei den Arbeitgebern bestimmt.<sup>4</sup>
- Konjunkturbedingte Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt dürften nur vorübergehender Natur sein. Gleichwohl können Veränderungen bei der Arbeitslosigkeit und den offenen Stellen, die auf temporäre Einflüsse zurückzuführen sind, dauerhafte Wirkungen haben. Dies ist umso wahrscheinlicher, je schwerfälliger sich der Arbeitsmarkt an die neuen Gegebenheiten anzupassen vermag. Bei schwerfälligen Ausgleichsprozessen erreicht die Arbeitslosigkeit bei einem Konjunkturaufschwung möglicherweise nicht mehr ihr Ausgangsniveau, sondern verharrt beispielsweise auf einem höheren Stand als zuvor, weil das Humankapital im Verlauf der Anpassungs-

phase an Wert verloren hat (das so genannte Hysterese-Phänomen). Somit kann eine dauerhafte Arbeitslosigkeit zu einer veränderten Struktur der Erwerbsbevölkerung und zu fehlenden Übereinstimmungen zwischen offenen Stellen und Arbeitslosen führen.

- Der Einfluss des strukturellen Wandels auf Mismatches am Arbeitsmarkt ist in der Regel von längerer Dauer, da sich die bestehende Struktur des Arbeitskräfteangebots erst nach einer gewissen Zeit an die veränderten Anforderungen auf der Nachfrageseite hinsichtlich Ausbildung, Beruf, Sektor und Region anpasst. So erfordert beispielsweise die Anpassung der tatsächlich vorhandenen und künftigen Kenntnisse und Fertigkeiten der Erwerbspersonen an eine veränderte Nachfrage nach Arbeitskräften durch verstärkte Aus- und Fortbildung viel Zeit. Auch Veränderungen bei der Zusammensetzung der Erwerbsbevölkerung wirken sich in der Regel nachhaltiger auf Arbeitsmarktungleichgewichte aus.

Der Ausgleichsprozess am Arbeitsmarkt hängt entscheidend von einer flexiblen Lohnfindung ab, bei der sich Konjunkturschwankungen, struktureller Wandel sowie Änderungen der Zusammensetzung der Erwerbsbevölkerung in ausreichend differenzierten Lohnanpassungen niederschlagen. Ebenso hängt er von Arbeitsmarktinstitutionen ab, die Einfluss auf die Anreize und die Befähigung der Wirtschaftssub-

<sup>3</sup> Der Einfluss von Veränderungen bei der Zusammensetzung der Erwerbsbevölkerung auf Mismatches zwischen offenen Stellen und Arbeitslosen hängt auch von der Konjunkturlage ab. So dürfte eine Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen in der Regel eine geringere Auswirkung auf die Arbeitslosigkeit und damit auf die Mismatches haben, je mehr sie eine Angebotsreaktion auf eine höhere Nachfrage nach Arbeitskräften im Rahmen eines Konjunkturaufschwungs darstellt.

<sup>4</sup> Darüber hinaus wird das Einstellungsverhalten von Unternehmen tendenziell auch durch die Striktheit der Kündigungsschutzbestimmungen beeinflusst (siehe Kapitel 4). Ein hohes Maß an Kündigungsschutz dürfte auch die Besetzung offener Stellen erschweren.

jekte nehmen.<sup>5</sup> So dürfte beispielsweise eine im Verhältnis zu den Lohneinkünften großzügig bemessene Arbeitslosenunterstützung die Anreize zur Stellensuche verringern und somit die Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt verschärfen.

Die empirische Untersuchung in Kapitel 3 befasst sich vorwiegend mit Veränderungen hinsichtlich des Ausmaßes und der Dauerhaftigkeit der Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt. Eine umfassende Beurteilung des Funktionierens und der Effizienz des Ausgleichsprozesses sprengt jedoch den Rahmen des vorliegenden Berichts. Eine solche Beurteilung wird nämlich dadurch erschwert, dass es kaum möglich ist, die verschiedenen Schocks, die diesen Veränderungen zugrunde liegen, zu entflechten. So könnte beispielsweise die Zahl der Arbeitslosen und der offenen Stellen bei gleich bleibender Effizienz des Ausgleichsprozesses einfach aufgrund breiterer Ströme von Arbeitskräften infolge eines wirtschaftlichen Schocks steigen.<sup>6</sup> Dieser Zusammenhang könnte mit Hilfe einer Matching-Funktion genauer untersucht werden, d. h. einer Art Produktionsfunktion, die die Effizienz des Ausgleichsprozesses anhand der Neueinstellungen im Verhältnis zur Zahl der Arbeitslosen und der offenen Stellen ermittelt.<sup>7</sup> Die vorliegende Studie nimmt jedoch keine Schätzungen von Matching-Funktionen vor, da nicht für alle Euro-Länder ausreichende Daten über die Veränderung der Arbeitslosenzahlen, der

offenen Stellen und der Beschäftigung vorliegen. Stattdessen untersucht die nachfolgende empirische Analyse sowohl die allgemeine Arbeitsmarktentwicklung als auch eine Reihe von Mismatch-Indikatoren. Damit soll ein umfassendes und differenziertes Bild der Ausgleichsprozesse in den Euro-Ländern gezeichnet werden – ein erster Schritt hin zu einem besseren Verständnis der Funktionsweise der Arbeitsmärkte im Euro-Währungsgebiet und der Effizienz der Ausgleichsprozesse.

5 Siehe auch Blanchard und Wolfers (2000). Sie zeigen, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Europa im Zeitverlauf sowie die heterogene Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Ländern der Europäischen Union (EU) teilweise durch das Zusammenwirken von bestimmten Arbeitsmarktinstitutionen mit konjunkturellen und strukturellen Schocks zu erklären ist. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass konjunkturelle und strukturelle Schocks zwar zum allgemeinen Anstieg der Arbeitslosigkeit beitragen, die heterogene Entwicklung der Arbeitslosigkeit aber in gewissem Maße auf das Zusammenwirken unterschiedlicher nationaler Arbeitsmarktinstitutionen mit diesen Schocks zurückzuführen sein dürfte.

6 Die Anzahl der auf offene Stellen vermittelbaren Arbeitslosen dürfte mit zunehmender Anzahl von Arbeitslosen und offenen Stellen in einer Volkswirtschaft steigen, da sich die Wahrscheinlichkeit, geeignete Bewerber für unbesetzte Stellen zu finden, mit der Anzahl der zur Auswahl stehenden Bewerber erhöht.

7 Siehe auch Blanchard und Diamond (1989). Die Matching-Funktion  $H = a \cdot E(U, V)$  misst die Effizienz des Ausgleichsprozesses an der Zahl der Neueinstellungen ( $H$ ) bezogen auf die Höhe der Arbeitslosigkeit ( $U$ ) und die Zahl der offenen Stellen ( $V$ ).  $H$  nimmt sowohl mit  $U$  als auch mit  $V$  zu,  $a$  ist der Effizienzparameter, und die Form der Funktion  $E(\cdot)$  zeigt an, ob die Matching-Funktion konstante, steigende oder sinkende Matching-Skalenerträge aufweist.

### 3 Entwicklung der Mismatches am Arbeitsmarkt der Euro-Länder

Im nachfolgenden Kapitel sollen das Ausmaß und die Entwicklung der Mismatches am Arbeitsmarkt der Euro-Länder seit der letzten Hochkonjunkturphase zu Beginn der Neunzigerjahre untersucht werden.<sup>8</sup> Hierzu werden zunächst Daten zur allgemeinen Arbeitsmarktentwicklung (Erwerbsbeteiligung, Beschäftigung, umfassende Arbeitslosenquoten und Quoten der offenen Stellen) vorgelegt und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der offenen Stellen hinsichtlich ihrer Dauer untersucht. Es folgt eine Analyse der Mismatch-Indikatoren wie etwa der Beveridge-Kurven, die die Arbeitslosigkeit mit den offenen Stellen in Beziehung setzen, sowie spezifischer (qualifikatorischer und berufsbezogener sowie regionaler) Mismatch-Indikatoren, die auf disaggregierter Ebene Hinweise auf das Ausmaß der bestehenden Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt ergeben.

*Die bei den Ausgleichsprozessen zu verzeichnenden Veränderungen lassen sich deshalb nur schwer beschreiben, weil die Daten, die der Analyse zugrunde liegen, zum Teil sehr unzureichend sind, und zwar sowohl hinsichtlich ihrer Qualität als auch ihrer Vergleichbarkeit. Dies gilt insbesondere für die Angaben zu den offenen Stellen, die nicht für alle Euro-Länder vorliegen und dann auch nur einen Bruchteil der tatsächlichen freien Stellen erfassen. Darüber hinaus hat sich der Erfassungsgrad der Daten zu den offenen Stellen im Berichtszeitraum in einigen Ländern verändert, wodurch die Vergleichbarkeit der Ergebnisse im Zeitverlauf gestört wird. Auch werden die ebenfalls in diesem Bericht verwendeten Daten zur Langzeitarbeitslosigkeit durch statistische Probleme in einigen Ländern, z. B. in Deutschland (siehe Anhang 3), beeinträchtigt. Deshalb müssen alle empirischen Ergebnisse mit der erforderlichen Vorsicht interpretiert werden, und aus demselben Grund werden im vorliegenden Bericht keine vorschnellen Schlüsse gezogen.*

#### 3.1 Allgemeine Entwicklung der Arbeitsmärkte im Euro-Währungsgebiet im Verlauf der Neunzigerjahre

##### Erwerbsbeteiligung

Wie aus Tabelle I hervorgeht, ging die Erwerbsbeteiligungsquote für das gesamte Euro-Währungsgebiet von 1991 bis 1994 zurück, stieg von 1994 bis 1997 leicht an und nahm während des Konjunkturaufschwungs von 1997 bis 2000 relativ stark zu. Im Jahr 2000 war die Quote für den Euroraum um 1,3 Prozentpunkte höher als 1991. Im Zeitraum von 1990 bis 2000 war der stärkste Anstieg der Erwerbsbeteiligung in Belgien, Irland und den Niederlanden zu verzeichnen. Lediglich in Deutschland war die Quote von 1991 bis 2000 rückläufig. Dies war hauptsächlich auf die Umstellung der ostdeutschen Erwerbsbeteiligung von der Planwirtschaft auf die Marktwirtschaft zurückzuführen. Die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung in Westdeutschland entsprach im Großen und Ganzen den übrigen westeuropäischen Ländern.<sup>9</sup>

##### Beschäftigung

Aus Tabelle 2 wird ersichtlich, dass die Beschäftigung im Euroraum von 1991 bis 1994 rückläufig war, dann bis 1997 anstieg und von 1997 bis 2000 stark zunahm. Nach Angaben des IWF (2001) fiel das Beschäftigungswachstum im Euro-Währungsgebiet im Zeitraum von 1998 bis 2000 und 1997 bis 2001 sogar höher aus als in den Vereinigten Staaten.<sup>10</sup>

8 Viele Zeitreihen beginnen mit dem Jahr 1992. Der Beginn des letzten Wirtschaftsaufschwungs ist in den Ländern des Euroraums unterschiedlich anzusetzen. In Frankreich setzte er beispielsweise bereits 1990 ein.

9 Gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in denen die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse genauer erfasst werden, und Berechnungen der Bundesbank nahm die Erwerbsbeteiligung in Deutschland im Berichtszeitraum von 74 % auf 74,7 % zu.

10 Nach Angaben des IWF (2001) nahm die Beschäftigung im Euroraum von 1998 bis 2000 um 5,3 % zu, gegenüber 4,3 % in den Vereinigten Staaten. Von 1997 bis 2001 betrug der Beschäftigungszuwachs im Euro-Währungsgebiet 7,2 %, verglichen mit 6,4 % in den Vereinigten Staaten.

Während also gegen Ende der Neunzigerjahre im gesamten Eurogebiet ein relativ kräftiger Beschäftigungszuwachs zu verzeichnen war, wichen die Entwicklungen in den einzelnen Euro-Ländern erheblich voneinander ab. Im Zeitraum von 1997 bis 2000 war beim durchschnittlichen jährlichen Beschäftigungs-

wachstum eine Spannweite von 6,9 % in Irland bis 1,0 % in Deutschland und Griechenland und 0,7 % in Österreich zu verzeichnen. Wie Tabelle 3 verdeutlicht, ging die Beschäftigungszunahme im letzten Jahrzehnt in vielen Euro-Ländern mit einem kräftigen Zuwachs der Teilzeitbeschäftigung einher.

**Tabelle 1**

### Erwerbsbeteiligung

(Erwerbspersonen in % der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren)

Land	Höhe		Veränderung in Prozentpunkten			
	1990	2000	1990–2000	1990–1994	1994–1997	1997–2000
Belgien	58,7	65,2	6,5	3,0	0,9	2,6
Deutschland <sup>a)</sup>	71,7	71,0	-0,7	-0,8	-0,3	0,4
Griechenland	59,1	63,0	3,9	0,4	1,3	2,2
Spanien	58,7	63,7	5,0	0,9	1,2	2,9
Frankreich	67,1	68,8	1,7	0,3	0,6	0,8
Irland	60,7	67,5	6,8	1,1	1,1	4,6
Italien	59,8	59,9	0,1	-2,3	0,2	2,2
Luxemburg	60,1	64,1	4,0	2,2	-0,8	2,6
Niederlande	66,2	74,9	8,7	2,5	2,8	3,4
Österreich <sup>b)</sup>	-	71,3	-	-	-0,6	0,4
Portugal	68,8	71,0	2,2	-1,2	0,6	2,8
Finnland <sup>b)</sup>	-	76,8	-	-	0,7	4,0
Euro-Währungsgebiet <sup>a)</sup>	67,3	68,6	1,3	-0,6	0,4	1,5

Quellen: Eurostat und EZB-Berechnungen.

Anmerkung: „-“ bedeutet, dass keine Daten vorliegen.

a) Angaben für Deutschland und das Euro-Währungsgebiet ab 1991.

b) Österreich und Finnland traten 1995 der Europäischen Union (EU) bei. Deshalb liegen für die Jahre 1990 bis 1994 keine Eurostat-Angaben vor.

**Tabelle 2**

### Beschäftigung

Land	Durchschnittliche Jahreswachstumsrate			
	1990–2000	1990–1994	1994–1997	1997–2000
Belgien	1,3	0,8	0,8	2,3
Deutschland <sup>a)</sup>	-0,2	-1,1	-0,5	1,0
Griechenland	0,6	0,4	0,6	1,0
Spanien	1,4	-1,7	2,8	4,4
Frankreich	0,7	-0,2	0,7	1,8
Irland	4,1	1,7	4,5	6,9
Italien	-0,1	-1,4	0,0	1,5
Luxemburg	1,4	1,1	1,0	2,3
Niederlande	2,3	1,7	2,3	3,1
Österreich <sup>b)</sup>	-	-	-0,8	0,7
Portugal	0,4	-1,1	0,1	2,8
Finnland <sup>b)</sup>	-	-	2,7	3,8
Euro-Währungsgebiet <sup>a)</sup>	0,5	-1,1	0,7	1,8

Quellen: Eurostat (Arbeitskräfteerhebung) und EZB-Berechnungen.

a) Angaben für Deutschland und das Euro-Währungsgebiet ab 1991.

b) Österreich und Finnland traten 1995 der EU bei. Deshalb liegen für die Jahre 1990 bis 1994 keine Eurostat-Angaben vor.

**Tabelle 3****Teilzeitbeschäftigung***(Teilzeitbeschäftigte in % der Beschäftigten insgesamt)*

Land	Höhe		Veränderung in Prozentpunkten			
	1990	2000	1990–2000	1990–1994	1994–1997	1997–2000
Belgien	10,9	17,4	6,5	1,9	1,9	2,7
Deutschland <sup>a)</sup>	15,2	19,4	4,2	0,6	1,7	2,0
Griechenland	4,1	4,6	0,5	0,7	-0,2	0,0
Spanien	4,9	8,2	3,2	2,0	1,3	0,0
Frankreich	11,9	16,9	5,0	2,9	1,9	0,1
Irland	8,1	16,8	8,7	3,2	1,0	4,5
Italien	4,9	8,8	4,0	1,3	0,9	1,8
Luxemburg	7,0	11,3	4,3	0,9	0,4	3,0
Niederlande	31,6	41,2	9,6	4,8	1,5	3,3
Österreich <sup>b)</sup>	-	17,0	-	-	1,1	2,0
Portugal	5,9	10,7	4,8	2,1	1,9	0,8
Finnland <sup>b)</sup>	-	12,2	-	-	-0,3	0,8
Euro-Währungsgebiet <sup>a)</sup>	11,2	16,5	5,3	2,4	1,5	1,4

*Quellen: Eurostat (Arbeitskräfteerhebung) und EZB-Berechnungen.**a) Angaben für Deutschland und das Euro-Währungsgebiet ab 1991.**b) Österreich und Finnland traten 1995 der EU bei. Deshalb liegen für die Jahre 1990 bis 1994 keine Eurostat-Angaben vor.***Arbeitslosigkeit insgesamt**

Wie Tabelle 4 zeigt, stieg die Arbeitslosenquote im Euro-Währungsgebiet kräftig von 8,1 % im Jahr 1991 auf 11,5 % im Jahr 1994 an und blieb dann bis 1997 weitgehend unverän-

dert. Von 1997 bis 2000 ging sie deutlich zurück und belief sich im Jahr 2000 auf 8,9 %. Ende 2000 war sie jedoch noch immer 0,8 Prozentpunkte höher als 1991. Dahinter verbergen sich recht unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Euro-Ländern:

**Tabelle 4****Arbeitslosenquote***(Arbeitslose in % der Erwerbspersonen)*

Land	Höhe		Veränderung in Prozentpunkten			
	1990	2000	1990–2000	1990–1994	1994–1997	1997–2000
Belgien	6,7	7,0	0,3	3,3	-0,6	-2,4
Deutschland <sup>a)</sup>	5,6	7,9	2,3	2,8	1,5	-2,0
Griechenland	6,4	11,1	4,7	2,5	0,9	1,3
Spanien	16,2	14,1	-2,1	7,9	-3,3	-6,7
Frankreich	9,0	9,6	0,7	3,4	0,0	-2,7
Irland	13,4	4,2	-9,2	0,9	-4,5	-5,6
Italien	9,0	10,5	1,5	2,2	0,6	-1,3
Luxemburg	1,7	2,4	0,8	1,5	-0,5	-0,3
Niederlande	6,2	2,8	-3,3	1,0	-1,9	-2,4
Österreich	3,0	3,7	0,7	0,8	0,6	-0,7
Portugal	4,8	4,1	-0,7	2,1	-0,1	-2,7
Finnland	3,2	9,7	6,5	13,4	-3,9	-3,0
Euro-Währungsgebiet <sup>a)</sup>	8,1	8,9	0,8	3,4	0,0	-2,5

*Quellen: Eurostat und EZB-Berechnungen.**a) Angaben für Deutschland und das Euro-Währungsgebiet ab 1991.*

- Im Jahr 1990 war bei der Arbeitslosenquote eine Spannweite von 1,7 % in Luxemburg bis 16,2 % in Spanien zu verzeichnen. Im Zeitraum von 1990 bis 1994 nahm sie in allen Ländern des Eurogebiets zu, wenn auch in unterschiedlichem Maße. So erhöhte sich die Arbeitslosenquote in Finnland um 13,4 Prozentpunkte auf 16,6 %, in Österreich hingegen nur um 0,8 Prozentpunkte auf 3,8 %.
- Zwischen 1994 und 1997 stieg die Arbeitslosenquote in Deutschland, Griechenland, Italien und Österreich weiter an, wengleich der Anstieg in manchen Ländern nur gering ausfiel. In Frankreich und Portugal blieb sie hingegen weitgehend unverändert, und in Belgien, Spanien, Irland, Luxemburg, den Niederlanden und Finnland war sie sogar rückläufig.
- Von 1997 bis 2000 ging die Arbeitslosigkeit in allen Euro-Ländern mit Ausnahme Griechenlands zurück, wenn auch unterschiedlich stark. Im Jahr 2000 lag die Arbeitslosenquote in Spanien, Irland, den Niederlanden und Portugal unter ihrem Stand von 1990, während sie in den übrigen Ländern des Euroraums darüber lag.

### Offene Stellen

Aus Tabelle 5 geht hervor, dass die Quote der offenen Stellen (definiert als die Anzahl der offenen Stellen in Prozent der Erwerbspersonen) sehr niedrig ist und im gesamten Euro-Währungsgebiet im Jahr 2000 lediglich bei gut 1 % lag. Die Quote der offenen Stellen im Eurogebiet (ohne Frankreich, Irland und Italien) nahm von 1991 bis 1994 ab, stieg dann von 1994 bis 1997 leicht an und nahm von 1997 bis 2000 relativ stark zu. Im Jahr 2000 war sie höher als 1991. Bei der Interpretation dieser Daten ist jedoch zu beachten, dass die von den Arbeitsämtern stammenden Zahlen nur die gemeldeten offenen Stellen erfassen, wobei Stellen mit hohen Qualifikationsanforderungen relativ gesehen in der Regel unter- und Stellenangebote mit geringen Qualifikationsanforderungen überrepräsentiert sind. Zwar bedienen sich Arbeitslose bei der Stellensuche häufig der Arbeitsämter, doch weisen diese bei der Stellenvermittlung häufig eine vergleichsweise geringe Erfolgsquote auf. Außerdem vermitteln sie in der Regel Arbeitsplätze mit geringer Vergütung.<sup>11</sup> All dies kann zu verzerrten

<sup>11</sup> Siehe Addison und Portugal (1998).

**Tabelle 5**

### Quote der offenen Stellen

(offene Stellen in % der Erwerbspersonen)

Land	Höhe		Veränderung in Prozentpunkten			
	1990	2000	1990–2000	1990–1994	1994–1997	1997–2000
Belgien	0,5	1,3	0,8	0,0	0,1	0,7
Deutschland <sup>a)</sup>	1,1	1,4	0,3	-0,3	0,2	0,5
Griechenland	0,5	0,2	-0,3	-0,2	-0,2	0,1
Spanien	0,3	0,5	0,1	-0,2	0,2	0,1
Luxemburg	0,1	0,8	0,7	0,1	0,4	0,2
Niederlande	1,5	2,1	0,6	-0,9	0,5	1,0
Österreich	1,4	0,9	-0,5	-0,6	-0,3	0,4
Portugal	0,2	0,2	0,0	-0,1	0,1	0,0
Finnland <sup>b)</sup>	1,0	0,6	-0,5	-0,7	0,3	0,0
Euro-Währungsgebiet <sup>a), c)</sup>	0,8	1,2	0,4	-0,3	0,2	0,5

Quellen: NZBen, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und EZB-Berechnungen.

Anmerkung: Für Frankreich, Irland und Italien liegen von den Arbeitsämtern keine Angaben zu offenen Stellen vor.

a) Angaben für Deutschland und das Euro-Währungsgebiet ab 1991.

b) Angaben für Finnland bis 1999.

c) Gewogener Durchschnitt der Länder, für die Daten vorliegen.

Schlussfolgerungen über den allgemeinen Ausgleichsprozess am Arbeitsmarkt führen.

### Dauer der Arbeitslosigkeit und Laufzeit der offenen Stellen

Im Jahr 2000 machte die Kurzzeitarbeitslosigkeit (definiert als Arbeitslosigkeit von weniger als sechsmonatiger Dauer) etwa ein Drittel der Gesamtarbeitslosigkeit im Euro-Währungsgebiet aus (siehe Tabelle 6). Sie war in Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Finnland und, in geringerem Maße, in Frankreich und Irland besonders hoch. Dies könnte darauf hindeuten, dass ein erheblicher Teil der Arbeitslosigkeit in diesen Ländern friktio-nell bedingt und nicht von Dauer ist.

Tabelle 6 lässt erkennen, dass die Quote der Langzeitarbeitslosen für das Euro-Währungs-

gebiet im letzten Jahrzehnt weitgehend unverändert blieb. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen insgesamt ging im selben Zeitraum um 1,1 Prozentpunkte zurück, war aber mit 47,7 % im Jahr 2000 nach wie vor sehr hoch. Von 1997 bis 2000 nahm die Langzeitarbeitslosigkeit sowohl in absoluter als auch in relativer Rechnung deutlich ab.

Hinter diesen Veränderungen bei der Langzeitarbeitslosigkeit im Euroraum verbergen sich ebenfalls recht unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Ländern. Im Zeitraum von 1990 bis 1997 hat sich der Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland und Portugal offenbar deutlich erhöht.<sup>12</sup> Von

<sup>12</sup> Die Höhe und die Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit wird durch statistische Probleme in manchen Ländern wie beispielsweise Deutschland beeinträchtigt. Hier strebt ein Großteil der Langzeitarbeitslosen über 55 Jahren keine Rückkehr ins Erwerbsleben an und sollte daher eher den Nichterwerbspersonen als den Arbeitslosen zugerechnet werden.

**Tabelle 6**  
**Dauer der Arbeitslosigkeit**

Land	Anteil in %			in % der Erwerbspersonen			Veränderung des Anteils (in Prozentpunkten)		
	2000			1990	1997	2000	1990–2000	1990–1997	1997–2000
	Kurzzeit-arbeits-losigkeit (weniger als 6 Monate)	6 Monate bis 1 Jahr	Langzeit-arbeits-losigkeit (länger als 1 Jahr)	Langzeitarbeitslosigkeit (länger als 1 Jahr)			Langzeitarbeitslosigkeit (länger als 1 Jahr)		
Belgien	28,2	15,5	56,3	4,8	5,5	3,7	-10,7	-6,4	-4,3
Deutschland <sup>a)</sup>	32,4	16,1	51,5	1,6	4,9	4,0	20,7	19,3	1,3
Griechenland	26,5	17,1	56,4	3,6	5,5	6,4	6,9	6,2	0,7
Spanien	37,8	19,7	42,4	8,4	10,9	6,0	-8,6	0,7	-9,3
Frankreich	43,6	16,8	39,6	3,6	5,0	4,1	-0,1	-0,2	0,1
Irland <sup>b)</sup>	43,1	20,0	36,6	9,0	5,7	1,5	-28,5	-8,8	-19,7
Italien	22,4	16,3	61,3	6,7	8,2	6,7	-7,7	-2,6	-5,0
Luxemburg <sup>c)</sup>	56,0	18,8	25,3	-	-	0,7	-	-	5,7
Niederlande	53,5	13,8	32,7	3,5	2,5	0,8	-14,0	2,4	-16,4
Österreich <sup>d)</sup>	56,2	15,4	28,4	-	1,5	1,3	-	-	-0,1
Portugal	40,0	17,1	42,9	2,1	3,7	1,7	-1,5	11,3	-12,9
Finnland <sup>d)</sup>	58,9	16,5	24,6	-	4,4	2,7	-	-	-5,2
Euro-Währungsgebiet <sup>a)</sup>	35,3	17,0	47,7	4,2	6,0	4,3	-1,1	2,1	-3,2

Quellen: Eurostat (Arbeitskräfteerhebung) und EZB-Berechnungen.

- a) Bei den Angaben für Deutschland und das Euro-Währungsgebiet werden die Angaben für 1990 näherungsweise auf der Grundlage der Zahlen für 1991 berechnet.
- b) Nationale Angaben (Central Statistical Office).
- c) Nationale Angaben (Administration de l'Emploi), erst ab 1998 verfügbar. Die Zahlen stellen Jahresdurchschnitte dar und beruhen auf den nationalen Arbeitslosenzahlen. Die Veränderung des Anteils der Langzeitarbeitslosen bezieht sich nur auf den Zeitraum von 1998 bis 2000.
- d) Österreich und Finnland traten 1995 der EU bei. Deshalb liegen für die Jahre 1990 bis 1994 keine Eurostat-Angaben vor.



1997 bis 2000 ging der Anteil der Langzeitarbeitslosen in allen Euro-Ländern mit Ausnahme Deutschlands, Griechenlands, Frankreichs und Luxemburgs zurück. Dieser Rückgang war in Irland (-19,7 Prozentpunkte), den Niederlanden (-16,4 Prozentpunkte), Portugal (-12,9 Prozentpunkte) und Spanien (-9,3 Prozentpunkte) besonders ausgeprägt.

Von der Laufzeit der offenen Stellen ausgehend könnte die Veränderung des Anteils der schwer zu besetzenden Stellen, d. h. derjenigen mit einer Laufzeit von sechs Monaten oder mehr, Aufschluss über die Entwicklung des Ungleichgewichts am Arbeitsmarkt geben. Im Zeitraum von 1990 bis 1997 ging der Anteil der schwer zu besetzenden Stellen in allen fünf Ländern, für die Daten vorliegen, zurück oder blieb unverändert (siehe Tabelle 7). Dies könnte darauf hindeuten, dass die Schwierigkeiten der Arbeitgeber bei der Besetzung von Stellen in Zeiten hoher bzw. steigender Arbeitslosigkeit abnahmen. (Auf die Niederlande, wo die Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum rückläufig war, trifft dies allerdings nicht zu.) Zwischen 1997 und 2000 ging der Anteil der schwer zu besetzenden Stellen nur in Deutschland zurück, wohingegen er in den anderen vier Ländern zunahm. Demzufolge dürften Arbeitgeber bei einer Anspannung der Lage auf dem Arbeitsmarkt größere Schwierigkeiten haben, offene Stellen

zu besetzen. In allen Ländern, für die entsprechende Informationen vorliegen, mit Ausnahme der Niederlande war der Anteil der schwer zu besetzenden Stellen im Jahr 2000 niedriger als 1990 oder blieb weitgehend konstant.

### 3.2 Entwicklung der Mismatch-Indikatoren

#### Beveridge-Kurven

Die Beveridge-Kurve, die das Verhältnis zwischen der Arbeitslosenquote und der Quote der offenen Stellen darstellt, liefert eine erste synthetische Darstellung der Entwicklungen beim Ausgleichsprozess.<sup>13</sup> Bewegungen entlang der Kurve (also gegenläufige Entwicklungen der offenen Stellen und der Arbeitslosigkeit) sind auf konjunkturelle Schwankungen zurückzuführen. Eine Verschiebung der Kurve nach außen, bei der sich sowohl die Vakanzen als auch die

<sup>13</sup> Die Beveridge-Kurve kann formal definiert werden als der von all jenen Kombinationen von Arbeitslosen- und Vakanzenquoten gebildete Pfad, bei denen die Arbeitslosigkeit stabil bleibt, d. h. die Zugänge in die Arbeitslosigkeit den Abgängen entsprechen. Aufgrund der Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt ist die Arbeitslosigkeit umso niedriger, je höher die Anzahl der offenen Stellen ist, da sich hierdurch die Wahrscheinlichkeit erhöht, eine Stelle zu finden. Die Analyse der Beveridge-Kurven wird hauptsächlich über zwei vergleichbare Zeiträume hinweg durchgeführt, nämlich Ende der Achtzigerjahre und Ende der Neunzigerjahre. Anhang 4 erläutert die methodischen Aspekte.

**Tabelle 7**

#### Laufzeit offener Stellen

Land	Anteil in %	Veränderung des Anteils (in Prozentpunkten)		
	2000	1990–2000	1990–1997	1997–2000
	schwer zu besetzen (länger als 6 Monate vakant)		schwer zu besetzen (länger als 6 Monate vakant)	
Belgien	10	-4	-9	6
Deutschland <sup>a)</sup>	8	-5	-2	-3
Niederlande <sup>b)</sup>	35	6	0	6
Österreich	12	-12	-16	4
Portugal	15	-	-	7
Finnland	47	1	0	0

Quellen: NZBen und EZB-Berechnungen.

a) Die Daten beziehen sich nur auf Westdeutschland.

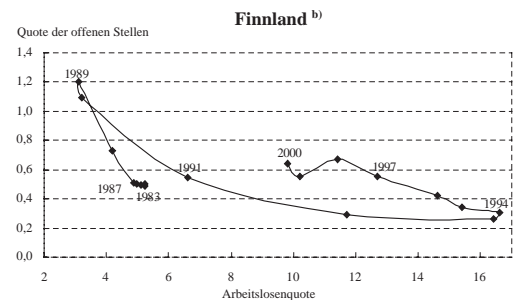
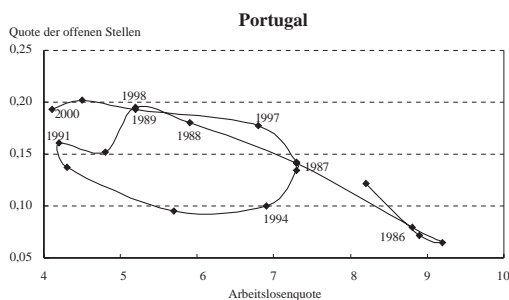
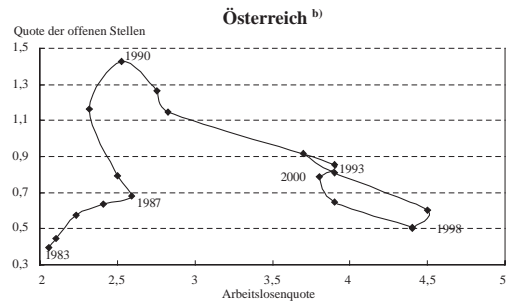
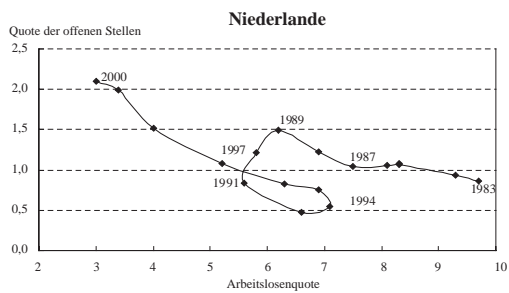
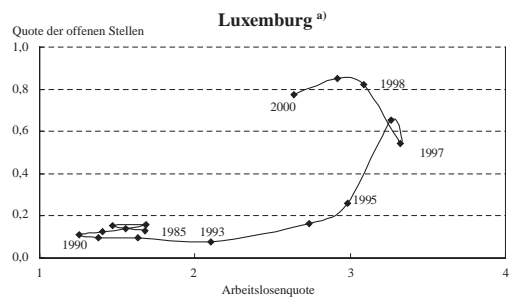
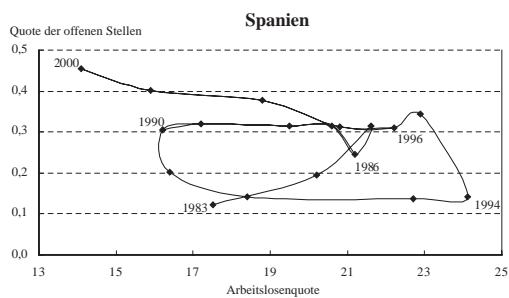
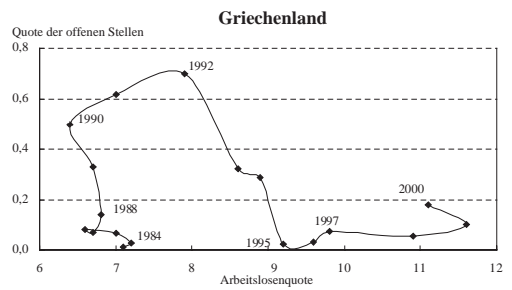
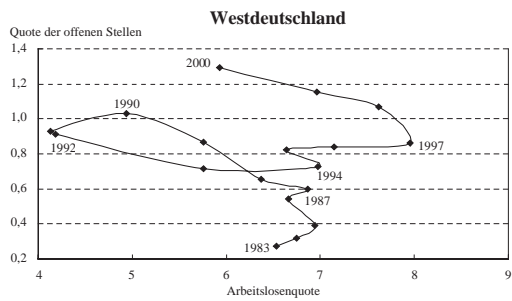
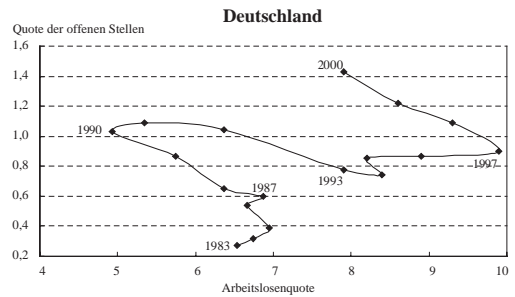
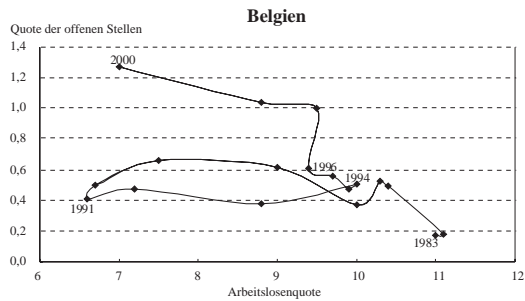
b) Angaben ab 1992.



## Abbildung I

### Beveridge-Kurven für Länder des Euro-Währungsgebiets

(Quote der offenen Stellen/Arbeitslosenquote; in %)



Quellen: Eurostat (Arbeitskräfteerhebung), NZBen, BIZ und EZB-Berechnungen.

a) Die Beveridge-Kurve basiert auf nationalen Angaben zur Arbeitslosigkeit.

b) Für den Zeitraum von 1983 bis 1994 wurde die Arbeitslosenquote auf der Grundlage von Angaben der BIZ berechnet.

Arbeitslosigkeit erhöhen, könnte auf eine Verschlechterung des Ausgleichsprozesses aufgrund von strukturellen Faktoren wie etwa dem unzureichenden Funktionieren von Arbeitsmarktinstitutionen hinweisen. Entsprechend kann eine Verschiebung der Kurve nach innen ein Indikator für eine Verbesserung des Ausgleichsprozesses sein.

Eine Betrachtung der nationalen Beveridge-Kurven zeigt, dass sich die Entwicklungen der Arbeitslosigkeit und der Vakanzen in den vergangenen Jahrzehnten in den einzelnen Euro-Ländern deutlich voneinander unterscheiden haben (siehe Abbildung 1). Verglichen mit Ende der Achtzigerjahre scheint sich die Beveridge-Kurve in Belgien, Deutschland, Griechenland und – wenn auch in geringerem Maße – in Luxemburg<sup>14</sup>, Österreich und Finnland nach außen verschoben zu haben. Im Gegensatz dazu wies die Beveridge-Kurve der Niederlande eine Verschiebung nach innen auf. Bei Spanien und Portugal war keine eindeutige Verschiebung der jeweiligen Beveridge-Kurven ersichtlich. Diese Ergebnisse werden auch weitgehend durch die Umfrageergebnisse der Europäischen Kommission bestätigt (siehe Anhang 2). Bei den Ländern, für die keine Zahlen zu den offenen Stellen vorliegen, ergibt sich bei Verwendung der Umfragedaten der Europäischen Kommission folgendes Bild: In Italien und – in geringerem Umfang – auch in Frankreich scheint sich die Beveridge-Kurve nach außen verlagert zu haben; Irland hingegen weist keine eindeutige Bewegung der Beveridge-Kurve auf. Die Entwicklung der nationalen Beveridge-Kurven verlief zwischen Ende der Achtzigerjahre und Mitte der Neunzigerjahre in den Euro-Ländern recht uneinheitlich. Gegen Ende des letzten Jahrzehnts jedoch scheinen die meisten nationalen Beveridge-Kurven (mit Ausnahme der griechischen) ein konjunkturelles Verlaufsmuster aufzuweisen, bei dem es gleichzeitig zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit und einem Anstieg der offenen Stellen gekommen ist.

Die Beveridge-Kurve für das Euro-Währungsgebiet (siehe Abbildung 2), die näherungsweise durch das Aggregat der neun Länder, für die nationale Beveridge-Kurven vorliegen, repräsentiert wird, deutet darauf hin, dass im Zeitraum zwischen 1990 und 1993 eine steigende Ar-

beitslosenquote mit einer sinkenden Quote der offenen Stellen einherging, was auf den Einfluss konjunktureller Faktoren hinweist. Zwischen 1994 und 1997 war die Arbeitslosenquote relativ stabil, während die Vakanzquote wohl aufgrund struktureller Faktoren stieg. Während des Wirtschaftsaufschwungs der Jahre 1997 bis 2000 ging die stark rückläufige Arbeitslosenquote mit einem relativ starken Anstieg der Quote der offenen Stellen einher. Sowohl die Arbeitslosenquote als auch die Vakanzquote des Euro-raums waren im Jahr 2000 höher als 1990, wie die Verschiebung der Beveridge-Kurve nach außen zeigt.<sup>15, 16</sup> Da drei Euro-Länder (Frankreich, Irland und Italien) nicht erfasst wurden, steht diese Bewegung nach außen jedoch in relativ engem Zusammenhang mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der offenen Stellen in Deutschland.<sup>17</sup>

14 Die Beveridge-Kurve für Luxemburg wird auf der Grundlage nationaler amtlicher Arbeitslosenzahlen erstellt. Sie kann daher nicht direkt mit anderen nationalen Beveridge-Kurven verglichen werden, die auf den Arbeitslosenzahlen der Arbeitskräfteerhebung basieren. Außerdem ist darauf hinzuweisen, dass im Gegensatz zu den in Tabelle 4 dargestellten Daten der Arbeitskräfteerhebung, denen zufolge die Arbeitslosenquote in Luxemburg zwischen 1994 und 1997 sank, die nationalen Daten für diesen Zeitraum einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zeigen, wodurch sich die Beveridge-Kurve tendenziell nach außen bewegte.

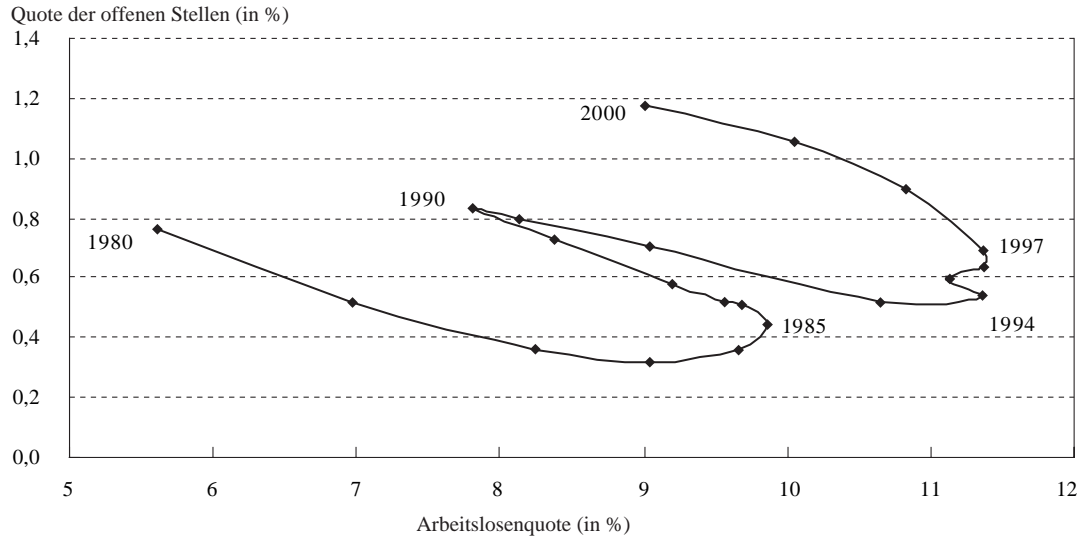
15 Die Änderung des Erfassungsgrads der Daten zu den offenen Stellen im Zeitverlauf könnte die Ergebnisse leicht beeinflusst haben, sie kann allerdings nicht allein für die Verschiebung der Beveridge-Kurve nach außen verantwortlich gemacht werden. Unter anderem könnte die verstärkte Nutzung des Internets und die Einstellung von Zeitarbeitskräften über private Arbeitsvermittlungen dazu beigetragen haben, dass sich der Anteil der bei den Arbeitsämtern gemeldeten freien Stellen und damit auch die Quote der offenen Stellen verringert hat, wodurch sich die Kurve nach innen verschiebt. Gleichzeitig sammeln die Arbeitsämter jedoch vermehrt Informationen über das Internet, wodurch sich die Anzahl der von ihnen ausgewiesenen offenen Stellen erhöhen dürfte.

16 Es sollte auch berücksichtigt werden, dass offene Stellen nicht nur durch Arbeitslose oder Erwerbstätige besetzt werden können, sondern auch durch nicht erwerbstätige Personen, die arbeiten möchten, wenn sie die entsprechenden Anreize erhalten; dies zeigt sich z. B. in einigen Ländern durch den großen Zustrom nicht erwerbstätiger Personen in die Erwerbstätigkeit. Im Idealfall sollten auch nicht gemeldete offene Stellen bzw. mögliche unbesetzte Arbeitsplätze berücksichtigt werden.

17 Diese Entwicklung bestätigt sich auch weitgehend, wenn die Beveridge-Kurve näherungsweise auf der Grundlage von Umfrageergebnissen zum Prozentsatz produzierender Unternehmen, die einen Arbeitskräftemangel als Hauptursache für eine Einschränkung der Produktion angeben, errechnet wird (siehe Anhang 2). Anfang der Neunzigerjahre ging die steigende Arbeitslosenquote mit einem rückläufigen Arbeitskräftemangel der Unternehmen einher. Mitte der Neunzigerjahre blieb der von den Unternehmen gemeldete Arbeitskräftemangel weitgehend unverändert, wohingegen er zwischen 1997 und 2000 deutlich anstieg. Ende der Neunzigerjahre war der Arbeitskräftemangel der Firmen größer als Ende der Achtzigerjahre, lag jedoch bei jeder entsprechenden Arbeitslosenquote in etwa auf dem gleichen Niveau wie 1990.

## Abbildung 2

### Beveridge-Kurve für das Euro-Währungsgebiet



Quellen: Eurostat (Arbeitskräfteerhebung), NZBen, BIZ und EZB-Berechnungen.

Anmerkungen: Die Angaben zu den offenen Stellen decken rund 64 % des Euro-Währungsgebiets ab. Die Berechnung erfolgte ohne Frankreich, Irland und Italien.

#### Qualifikatorischer Mismatch

In allen Ländern des Euroraums nimmt die Arbeitslosigkeit mit steigendem Bildungsstand

ab. Im Jahr 2000 belief sich die Arbeitslosenquote des Eurogebiets bei Personen mit Hochschulbildung auf lediglich 5 %, verglichen mit 7,5 % bei Personen mit einer Schulausbil-

## Tabelle 8

### Qualifikatorischer Mismatch im Euro-Währungsgebiet <sup>a)</sup>

Land	Arbeitslosenquote im Jahr 2000 (in %)				Qualifikatorischer Mismatch (var (ui/u); in %)			
	Insgesamt	Sekundarstufe I und niedriger	Sekundarstufe II	Hochschulausbildung	2000	Veränderung (in Prozentpunkten)		
						1992–2000	1992–1997	1997–2000
Belgien	5,7	9,3	5,5	2,4	37	7	9	-2
Deutschland	7,9	14,0	8,0	4,2	39	19	11	8
Griechenland	9,2	8,5	11,0	7,2	5	0	0	-1
Spanien	12,3	14,1	11,4	9,2	4	-1	-2	1
Frankreich	9,2	14,0	8,0	5,1	24	11	2	9
Irland	4,3	7,5	2,6	1,9	50	16	8	7
Italien	8,4	10,0	7,4	6,1	6	2	0	2
Luxemburg	2,4	3,4	2,1	1,4	17	-	-	-
Niederlande	2,2	3,4	1,8	1,7	19	-29	-28	-1
Österreich <sup>b)</sup>	4,5	8,2	4,0	2,4	47	25	4	21
Portugal	3,4	3,5	3,8	2,4	5	-12	-1	-11
Finnland <sup>b)</sup>	8,1	12,2	8,9	4,8	20	4	5	0
Euro-Währungsgebiet <sup>b)</sup>	8,1	11,2	7,5	5,0	14	2	-1	3

Quellen: Eurostat (Arbeitskräfteerhebung) und EZB-Berechnungen.

Anmerkung: Die Aufgliederung der Arbeitslosigkeit nach Schulbildung ist erst seit 1992 verfügbar.

a) Die Arbeitslosenzahlen beziehen sich auf die Altersgruppe der 25- bis 59-Jährigen. Zur Definition des Indikators für den qualifikatorischen Mismatch siehe Anhang 4.

b) Angaben zu Österreich und Finnland ab 1995.

derung der Sekundarstufe II und 11,2 % bei Personen mit einer Schulausbildung der Sekundarstufe I und niedriger (siehe Tabelle 8). Dies deutet offenbar auf eine größere Nachfrage nach Arbeitskräften mit einem höheren Bildungsniveau hin. Ein Beleg hierfür ist, dass im Zeitraum zwischen 1992 und 2000 das jährliche Beschäftigungswachstum bei Personen mit Hochschulabschluss bei durchschnittlich 3,3 %, bei jenen mit einem Sekundarstufe-II-Abschluss bei 1,1 % und bei Personen mit Sekundarstufe-I-Abschluss und niedriger bei 0,6 % lag.<sup>18</sup>

Im Euro-Währungsgebiet als Ganzem scheint der qualifikatorische Mismatch, der sich aus der Varianz der bildungsspezifischen Arbeitslosenquote im Verhältnis zur Arbeitslosenquote insgesamt ergibt (siehe Anhang 4), zwischen 1992 und 1997 leicht rückläufig gewesen zu sein (siehe Tabelle 8); während des konjunkturellen Aufschwungs zwischen 1997 und 2000 ist er dagegen offenbar angestiegen. Im Jahr 2000 war der qualifikatorische Mismatch im Euroraum höher als 1992.

Dieser Veränderung liegen jedoch stark voneinander abweichende länderspezifische Entwicklungen zugrunde. Gegenüber 1992 scheint der qualifikatorische Mismatch in Deutschland, Frankreich, Irland und Österreich sowie in geringerem Maße auch in Belgien, Italien und Finnland deutlich größer geworden zu sein. In den Niederlanden und Portugal hat er sich zwischen 1992 und 2000 offenbar erheblich verringert.

In einigen Ländern des Euroraums ist für mindestens 50 % der offenen Stellen lediglich ein niedriges Bildungsniveau erforderlich. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, dass Berufe mit niedriger Qualifikation bei den offenen Stellen überrepräsentiert sind, die den öffentlichen Arbeitsverwaltungen gemeldet werden. Vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit bei Personen mit geringer Schulbildung könnte dies in einigen Ländern aber auch auf mangelnde Anreize für Arbeitnehmer mit niedrigem Bildungsstand hindeuten.

### **Berufsbezogener Mismatch**

Wie aus Tabelle 9 ersichtlich, ist die Arbeitslosenquote für jene Berufsgruppen niedriger, für die eine höhere Qualifikation erforderlich ist. Zwischen 1992 und 1999 blieb die Arbeitslosenquote bei Berufen mit hohen Qualifikationsanforderungen (etwa bei Führungskräften oder Akademikern) weitgehend stabil auf einem sehr niedrigen Stand. Gleichzeitig nahm das Beschäftigungswachstum bei hoch qualifizierten Berufen und bei einigen Berufen mit mittlerer Qualifikation, z. B. bei bestimmten Dienstleistungen, sehr stark zu. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Arbeitsplätze hauptsächlich im Dienstleistungssektor und in Berufszweigen geschaffen wurden, die eine hohe Schul- oder Berufsausbildung erfordern. Tabelle 9 zeigt, dass der berufsbezogene Mismatch zwischen 1992 und 1997 im Euroraum (ohne Frankreich und die Niederlande) offenbar größer geworden ist. Zwischen 1997 und 1999 ging er dann allerdings wieder geringfügig zurück, verharrte aber weiterhin auf einem höheren Stand als zu Beginn der Neunzigerjahre. Diese im Zeitverlauf zu beobachtende Entwicklung scheint stark durch die Veränderung der Arbeitslosenquote für Hilfsarbeitskräfte beeinflusst worden zu sein, die zwischen 1992 und 1997 erheblich zunahm, und zwar von 12,1 % auf 17,5 %, bevor sie 1999 wieder auf 14,6 % sank.

Der Vergleich zwischen der Zusammensetzung der offenen Stellen und der Arbeitslosigkeit nach Berufen liefert zusätzliche Informationen über die derzeitigen strukturellen Ungleichgewichte zwischen Arbeitsnachfrage und -angebot nach Berufsgruppen (siehe Ta-

<sup>18</sup> Es ist jedoch ein empirisches Gesetz, dass die Arbeitslosenquote bei niedriger qualifizierten Personen fast immer und überall höher ist als bei hoch qualifizierten. Da die Opportunitätskosten der Arbeitslosigkeit bei Personen mit geringerer Qualifikation in der Regel deutlich niedriger sind, entspricht dieses empirische Ergebnis dem rationalen Verhalten. Siehe auch Layard, Nickell und Jackman (1991).

**Tabelle 9****Berufsbezogener Mismatch im Euro-Währungsgebiet**

Berufsbranche	Arbeitslosenquote (in %)				Durchschnittliches jährliches Beschäftigungswachstum (in %)		
	1999	Veränderung (in Prozentpunkten)			1992–1999	1992–1997	1997–1999
		1992–1999	1992–1997	1997–1999			
Angehörige gesetzgebender Körperschaften, <sup>a)</sup> leitende Verwaltungsbedienstete und Führungskräfte in der Privatwirtschaft	2,9	0,6	1,3	-0,7	4,7	4,4	5,5
Akademiker	3,0	0,3	0,7	-0,4	1,9	1,4	3,2
Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe	4,6	0,9	1,7	-0,8	2,5	2,5	2,3
Bürokräfte und kaufmännische Angestellte	5,9	0,8	1,6	-0,8	-0,5	-0,7	-0,1
Dienstleistungsberufe	8,8	1,0	1,8	-0,8	1,9	1,8	2,3
Fachkräfte in der Landwirtschaft und Fischerei	4,4	0,8	0,7	0,0	0,5	1,8	-2,7
Handwerks- und verwandte Berufe	7,9	1,4	3,3	-1,9	-0,6	-1,3	1,0
Anlagen- und Maschinenbediener sowie Montierer	7,5	1,0	2,6	-1,6	-0,2	-1,3	2,6
Hilfsarbeitskräfte	14,6	2,5	5,4	-2,9	-2,1	-3,1	0,3
Insgesamt	6,9	0,8	2,1	-1,3	0,7	0,3	1,7
Berufsbezogener Mismatch var (ui/u)	27,9	2,7	4,2	-1,4			

Quellen: Eurostat (Arbeitskräfteerhebung) und EZB-Berechnungen.

Anmerkungen: Die Arbeitslosenquote insgesamt bezieht sich auf den Teil der Bevölkerung, der bereits berufstätig war. Die Aufgliederung der Arbeitslosigkeit nach Berufsgruppen ist erst seit 1992 verfügbar. Um einen Bruch in der Datenreihe der „Hilfsarbeitskräfte“ zu vermeiden, wurde das Jahr 1999 statt 2000 als Ende des Berichtszeitraums gewählt. Die Daten zu Arbeitslosigkeit und berufsbezogenen Mismatches decken folgende Länder ab: Belgien, Deutschland, Griechenland, Spanien, Irland, Italien, Luxemburg, Österreich, Portugal und Finnland (d. h. 75 % der Erwerbspersonen im Euro-Währungsgebiet). Angaben zu Österreich und Finnland sind ab 1995 enthalten. Die Angaben zu Belgien für 1992 entsprechen jenen für 1993. Die Berufskategorien entsprechen der International Standard Classification of Occupations (ISCO 88 (COM)).

a) Angehörige gesetzgebender Körperschaften umfassen Mitglieder von Organen der Exekutive und der Legislative (z. B. Parlament, Regierung).

belle 10). Die Arbeitsnachfrage scheint beispielsweise in den folgenden Berufsgruppen höher zu sein als das Angebot: in Handwerks- und verwandten Berufen (in Deutschland, Spanien, Österreich und Portugal), bei landwirtschaftlichen Berufen (in Deutschland, Spanien, Frankreich und Österreich), bei Technikern (in Belgien und Luxemburg), im Hotel- und Gaststättengewerbe (in Deutschland, Frankreich und Luxemburg) sowie im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie (in Irland). Wenngleich für einige der oben angeführten Berufsgruppen eine hohe oder mittlere Qualifikation erforderlich ist, gibt es auch Schwierigkeiten bei der Personalwerbung für niedrig qualifizierte Tätigkeiten, so etwa im Hotel- und Gaststättengewerbe und in der Landwirtschaft, was darauf hindeutet, dass in diesen Bereichen Anreize

für die Aufnahme einer Tätigkeit wichtig sind. Dies wird auch durch die anekdotische Evidenz belegt.

### Regionaler Mismatch

Regionale Mismatches scheinen in einigen Euro-Ländern ein wichtiger Grund für Arbeitsmarktungleichgewichte zu sein. Vor allem in Belgien, Deutschland und Italien sind die regionalen Mismatches<sup>19</sup> relativ groß (siehe Tabelle 11). Das regionale Ungleichgewicht im Euro-Währungsgebiet, das aus der Varianz der relativen

<sup>19</sup> Regionale Ungleichgewichte können auf eine unzureichende Mobilität der Arbeitskräfte bzw. des Kapitals oder sehr ungleichmäßige regionale Entwicklungen hindeuten (z. B. Mezzogiorno/Norditalien, West-/Ostdeutschland, Flandern/Wallonien, Süd- und Zentralspanien/Nordostregionen Spaniens).

**Tabelle 10****Mismatch zwischen offenen Stellen und Arbeitsplatznachfrage nach Berufsgruppen**

Anteil der Berufsgruppen an den offenen Stellen verglichen mit ihrem Anteil an den Arbeitslosen (2000)		
	Überrepräsentiert	Unterrepräsentiert
Belgien	Techniker, Akademiker	Anlagen- und Maschinenbediener, Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und Fischerei, Bürokräfte und kaufmännische Angestellte, Dienstleistungsberufe und Verkäufer
Deutschland <sup>a)</sup>	Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und Fischerei, Handwerks- und verwandte Berufe (Schlosser, Elektriker), Dienstleistungs- und Verkaufspersonal, Hotel- und Gaststättengewerbe	Baugewerbe, kaufmännische und Verwaltungsangestellte, Bürokräfte, Lager- und Transportarbeiter
Spanien	Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und Fischerei, Handwerks- und verwandte Berufe	Ungelernte Arbeitskräfte, Dienstleistungs- und Verkaufspersonal, Bürokräfte und kaufmännische Angestellte
Frankreich <sup>b)</sup>	Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und Fischerei, IT-Fachleute, Hotel- und Gaststättengewerbe, Handwerks- und verwandte Berufe (Baugewerbe, Elektriker), Transport und Fremdenverkehr, Pflegepersonal	Holzbearbeiter und Papierverarbeiter, Verkäufer, Pflegeberufe, personenbezogene Dienstleistungsberufe und Sicherheitsbedienstete, Lehrkräfte, Leitung und Verwaltung
Irland <sup>c)</sup>	Traditionelles verarbeitendes Gewerbe, verarbeitendes Gewerbe im Hochtechnologiesektor, Informations- und Kommunikationstechnologien	
Luxemburg	Freie Berufe, Techniker, Büroangestellte, Hotelgewerbe, Catering	Verkäufer, Landwirte, Förster, Gewinnung von Steinen und Erden, Bergbau und ähnliche Beschäftigungen
Österreich	Friseur, Leder- und Textilverarbeitung, personenbezogene Dienstleistungen, Holzbearbeitung, Bergbau, Land- und Forstwirtschaft	Baugewerbe, Bürokräfte, Hilfstätigkeiten, Handel, Fremdenverkehr, Metallverarbeiter und Elektriker
Portugal	Hilfsarbeitskräfte, Anlagen- und Maschinenbediener sowie Montierer, Handwerks- und verwandte Berufe	Angehörige gesetzgebender Körperschaften, <sup>d)</sup> leitende Verwaltungsbedienstete und Führungskräfte in der Privatwirtschaft, Akademiker

Quellen: Eurostat (Arbeitskräfteerhebung), NZBen, anekdotische Evidenz und EZB-Angaben.

Anmerkung: Die Liste der in der Tabelle aufgeführten Berufe ist nicht vollständig, und die Aufgliederung nach Berufen ist zwischen den einzelnen Ländern nicht harmonisiert.

a) Die Quoten der offenen Stellen für Deutschland sind verzerrt, da in der Landwirtschaft und im Hotel- und Gaststättengewerbe Vakanzen beim Arbeitsamt gemeldet werden müssen, bevor Personal aus Nicht-EU-Staaten eingestellt werden kann. Darüber hinaus werden offene Stellen, die geringere formale Qualifikationen erfordern, eher bei den Arbeitsämtern gemeldet.

b) Veränderung, nicht Bestand an offenen Stellen.

c) Die Beurteilung bezieht sich auf Sektoren, in denen ein relativ hoher Anteil an Unternehmen nicht besetzte offene Stellen meldet.

d) Angehörige gesetzgebender Körperschaften umfassen Mitglieder von Organen der Exekutive und der Legislative (z. B. Parlament, Regierung).

regionalen Arbeitslosenquoten abzulesen ist, ist offenbar zwischen 1990 und 1997 kleiner geworden, wobei der starke Rückgang in Portugal und Italien besonders ins Gewicht gefallen ist. Zwischen 1997 und 1999 war für den gesamten Euroraum ein erneuter Anstieg zu verzeichnen, der in allen Euro-Ländern mit Ausnahme von Griechenland und Portugal, wo die regionalen Mismatches zurückgingen, spürbar war. Dieser Anstieg der regionalen Ungleichgewichte in vielen Ländern des Euro-Währungsgebiets könnte auf eine unzureichende geographische Mobilität der Arbeitskräfte bei einer sich verändernden regionalen

Zusammensetzung der Arbeitsnachfrage während des Konjunkturaufschwungs zwischen 1997 und 2000 hinweisen. Die Angaben legen nahe, dass die regionalen Mismatches 1999 im Vergleich zu 1990 im gesamten Eurogebiet geringer ausfielen, wenngleich dafür hauptsächlich der starke Rückgang in Portugal verantwortlich war.<sup>20</sup>

<sup>20</sup> Die Umsetzung einiger Arbeitsmarktreforemen, demographische Entwicklungen und Anzeichen einer größeren Mobilität der Arbeitskräfte könnten den Rückgang in Portugal erklären.



**Tabelle I I****Regionaler Mismatch im Euro-Währungsgebiet**

Land (Anzahl der Regionen)	Regionaler Mismatch (var (ui/u), in %)			
	1999	Veränderung (in Prozentpunkten)		
		1990–1999	1990–1997	1997–1999
Belgien (11)	22,8	6,2	-0,8	7,0
Deutschland (17) <sup>a)</sup>	27,6	-1,3	-5,3	4,1
Griechenland (16)	6,0	-3,3	-1,0	-2,3
Spanien (18)	13,4	-1,2	-7,4	6,2
Frankreich (22)	5,6	1,6	0,8	0,8
Irland (2)	3,7	3,4	-0,2	3,6
Italien (20)	45,2	-1,7	-11,8	10,2
Niederlande (12)	12,3	6,3	-2,0	8,3
Österreich (9) <sup>b)</sup>	6,4	1,4	0,8	0,6
Portugal (7)	10,8	-31,5	-30,6	-0,9
Finnland (5)	9,5	-	-	4,8
Euro-Währungsgebiet (137) <sup>a), c)</sup>	31,7	-9,6	-14,7	5,1

Quellen: Eurostat (REGIO-Datenbank) und EZB-Berechnungen.

a) Da Angaben zu Deutschland erst seit 1991 vorliegen, sind die Angaben für 1990 auf der Grundlage der Daten von 1991 geschätzt.

b) Angaben zu Österreich ab 1993.

c) Die Angaben für das Euro-Währungsgebiet zeigen das Gefälle der Arbeitslosenquoten innerhalb und zwischen den einzelnen Euro-Ländern.

**Schlussbemerkungen**

Insgesamt kann festgehalten werden, dass gegen Ende des vergangenen Jahrzehnts in fast allen Ländern des Eurogebiets eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation sowohl hinsichtlich des Beschäftigungswachstums als auch des Abbaus der Arbeitslosigkeit zu beobachten war, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß. Von 1997 bis 2001 nahm die Beschäftigung im Eurogebiet mindestens ebenso rasch zu wie in den Vereinigten Staaten. Der starke zahlenmäßige und prozentuale Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit, der während des Konjunkturaufschwungs von 1997 bis 2000 in den meisten Euro-Ländern und im Euroraum insgesamt zu verzeichnen war, scheint ebenfalls auf eine Entspannung an den Arbeitsmärkten gegen Ende der Neunzigerjahre hinzudeuten. Allein die Größenordnung des Rückgangs lässt wohl darauf schließen, dass es sich nicht lediglich um ein rein konjunkturelles Phänomen handelte. Gleichzeitig stand die Verknappung der Arbeitskräfte zwischen 1997 und 2000 offenbar im Zusammenhang mit zunehmenden qualifikatorischen und regionalen Mismatches. Dies deutet möglicherweise darauf hin, dass sich die

Struktur des Arbeitskräfteangebots nur schwer an die veränderte Nachfrage nach Arbeitskräften anpasste, die auf das zunehmend von Wettbewerb geprägte globale Umfeld und den raschen technologischen Wandel zurückzuführen war. Zwar schlugen sich vorhandene Mismatches in Verbindung mit der konjunkturbedingt angespannten Lage am Arbeitsmarkt von 1997 bis 2000 womöglich in bestimmten Sektoren oder Regionen in einem Aufwärtsdruck auf die Löhne nieder, doch übertrug sich dies nicht auf den gesamten Euroraum, vor allem weil die Tarifparteien im Großen und Ganzen Lohnzurückhaltung übten.

Betrachtet man die Neunzigerjahre insgesamt, so zeigt die Analyse starke Unterschiede der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der offenen Stellen zwischen den einzelnen Ländern, was auf die beträchtliche Heterogenität der Arbeitsmärkte im Eurogebiet hinweist. Bei einigen Ländern des Euro-Währungsgebiets kann keine eindeutige Veränderung der Relation zwischen der Arbeitslosenquote und der Quote der offenen Stellen, die mit Hilfe der so genannten Beveridge-Kurve dargestellt wird, festgestellt werden. Bei manchen Län-

dern ist eine Verschiebung der Beveridge-Kurve nach außen zu beobachten, bei einem Land eine Verschiebung nach innen. Für das Eurogebiet insgesamt dürften diese heterogenen Entwicklungen in den einzelnen Ländern in den Neunzigerjahren zu einer Verschiebung der Beveridge-Kurve nach außen geführt haben, was teilweise auf eine Ausweitung der qualifikatorischen und berufsbedingten Mismatches im Verlauf dieses Jahrzehnts zurückgeführt werden könnte.<sup>21</sup>

#### 4 Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarkts

Da die an der WWU teilnehmenden Staaten auf asymmetrische wirtschaftliche Schocks nicht mit einer länderspezifischen Geld- und Wechselkurspolitik reagieren können, liegt es in ihrem Interesse, ihre Arbeitsmärkte in die Lage zu versetzen, solchen Schocks besser zu begegnen. Ein effizienterer Ausgleich zwischen Arbeitslosen und freien Stellen am Arbeitsmarkt würde sicherlich dazu beitragen, dies zu erreichen. In den zurückliegenden Jahren, vor allem seit Mitte der Neunzigerjahre, nahmen die Länder des Euro-Währungsgebiets verschiedene Reformen der Arbeitsmarktinstitutionen mit dem Ziel einer verbesserten Funktionsfähigkeit ihrer Arbeitsmärkte vor. Art und Umfang dieser Reformen waren von Land zu Land sehr unterschiedlich und führten an den Arbeitsmärkten zu unterschiedlichen Ergebnissen, wie aus den in Kapitel 3 erörterten Fakten ersichtlich ist.

Die nachfolgende Untersuchung gibt einen kurzen Überblick über die Bereiche, in denen Verbesserungen möglich und wünschenswert sind. Zum einen befasst sie sich mit jenen Arbeitsmarktreformen, von denen zu erwarten ist, dass sie zu einer direkten Effizienzsteigerung bei den Ausgleichsprozessen führen, d. h. zu einer höheren Zahl von Einstellungen im Verhältnis zur jeweiligen Höhe der Arbeitslosigkeit und der Zahl der offenen Stellen. Die Analyse stützt sich auf die Tatsache, dass die Effizienz der Ausgleichsprozesse von „technischen Eigenheiten“ wie der Informationsverbreitung und der Art der Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt abhängt, d. h. der

Die hohe Arbeitslosigkeit und die vorhandenen Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt sowie die große Anzahl an nicht erwerbstätigen Personen sind deutliche Anzeichen dafür, dass das wirtschaftliche Potenzial des Euro-Währungsgebiets nicht voll ausgeschöpft wird. Dies wiederum deutet auf ineffiziente Ausgleichsprozesse und Arbeitsmarktinstitutionen, ein unzureichendes Lohngefälle und fehlende Mobilität der Arbeitskräfte hin.

divergierenden Profile zwischen Arbeitslosen und freien Stellen. Zum anderen stellt die Untersuchung diejenigen Arbeitsmarktreformen vor, durch die eine insgesamt bessere Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarkts erzielt werden könnte, zum Beispiel durch eine Erhöhung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebots und der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsnachfrage.

##### Stellenvermittlung

Eine leistungsfähigere Arbeitsverwaltung könnte die Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt effizienter machen, und zwar durch bessere Information der Arbeitslosen über offene Stellen, durch eine verbesserte Vermittlung offener Stellen an die Arbeitslosen sowie durch stärkere Anreize, Informationen über vakante Stellen einzuholen. So weist die OECD (2001) darauf hin, dass sich eine intensivere Unterstützung bei der Stellensuche als besonders effizient herausgestellt hat. Erst unlängst reformierten Belgien, Deutschland, Griechenland und Luxemburg ihre Arbeitsämter und bieten nunmehr personalisierte Dienstleistungen für Arbeitslose an. Frankreich leitete 2001 eine Reform ein, zu der eine strengere Erfolgskontrolle sowie eine intensivere individuelle Unterstützung der Arbeitslosen bei der Stellensuche zählt. Damit

21 Wenngleich es keine Belege dafür gibt, könnte die Lohnkompression und eine unzureichende Lohnflexibilität in einigen Euro-Ländern dazu beigetragen haben, dass sich die berufsbezogenen Mismatches verstärkt haben.



soll ein Gegengewicht zu der Tatsache geschaffen werden, dass die gewährte Arbeitslosenunterstützung im Zeitverlauf nicht mehr sinkt. Deutschland, Griechenland und Italien haben grünes Licht für private Arbeitsvermittler gegeben. Derartige Vermittlungsagenturen haben auch in Portugal an Bedeutung gewonnen. Darüber hinaus ist in Deutschland als Konsequenz aus einem Bericht des Bundesrechnungshofs eine Rundum-Reform der Arbeitsmarktpolitik und der Arbeitsämter geplant. Österreich beabsichtigt bis 2003/2004 die Privatisierung der Arbeitsämter. In Spanien hingegen ist die Tätigkeit gewerblicher Arbeitsvermittlungsagenturen nach wie vor untersagt, sodass die Unterstützung bei der Stellensuche auch weiterhin fast ausschließlich im Verantwortungsbereich der Arbeitsämter liegt, obgleich diese nicht mehr als 15 % des Arbeitsmarkts erfassen. Allerdings haben die niedergelassenen Zeitarbeitsfirmen erheblich zur Verbesserung der Arbeitsvermittlung beigetragen. Im Großen und Ganzen kann davon ausgegangen werden, dass die verstärkte Nutzung des Internets einen positiven Einfluss auf die kurzfristige Effizienz der Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt haben und den Anpassungsprozess beschleunigen wird. *Da in den Ländern des Euroraums die meisten Reformen auf diesem Gebiet erst kürzlich durchgeführt wurden bzw. für später geplant sind, können sie erwartungsgemäß keinen signifikanten Einfluss auf die Entwicklung der Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt während der Neunzigerjahre gehabt haben.*

### **Lohnfindungssysteme**

Lohnfindungssysteme und der damit verbundene Zentralisierungsgrad bei den Lohnverhandlungen haben aufgrund ihrer Wirkung auf Lohnstruktur und -niveau Folgen für die Ausgleichsprozesse.<sup>22</sup> Institutionen, die verhindern, dass sich Unterschiede bei der persönlichen Qualifikation (wie dem Ausbildungsstand) und den beruflichen, regionalen oder branchenspezifischen Arbeitsmarktbedingungen im Lohnniveau widerspiegeln, behindern die markträumende Funktion der Löhne und tragen zum mangelnden Ausgleich zwischen

Angebots- und Nachfrageüberschuss an Arbeitskräften bei. Die in einigen Ländern des Eurogebiets bestehenden berufsbezogenen Mismatches deuten darauf hin, dass Lohnstrukturen, die nur unzureichend nach Berufen oder Wirtschaftszweigen differenziert sind, gegenwärtig einen Hemmschuh für die zwischenberufliche und intersektorale Mobilität bilden. Darüber hinaus weisen die qualifikatorischen Mismatches darauf hin, dass eine inadäquate qualifikationsspezifische Differenzierung der Lohnstruktur den Anreiz verringert, in Humankapital zu investieren. In ähnlicher Weise mindert eine nicht ausreichende regionale Streuung der Lohnstrukturen in einigen Ländern des Eurogebiets den Anreiz für die Unternehmen, ihre Produktion in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit zu verlagern. Dies trägt zur Fortdauer regionaler Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt und mangelnder regionaler Arbeitsmobilität bei. Flexible sowie hinreichend differenzierte Löhne sind also für eine Überwindung der mangelnden Übereinstimmung zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage von entscheidender Bedeutung. *Bislang gibt es allerdings kaum Anzeichen für eine die Lohnflexibilität und -differenzierung fördernde Reform der Lohnfindungssysteme. Grundsätzlich besteht in den Ländern des Eurogebiets nach wie vor ein erheblicher Bedarf für eine stärkere Flexibilisierung und Differenzierung der Löhne.*

### **Bildung, Ausbildung und lebenslanges Lernen**

Qualifikatorische und berufsbedingte Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt werden in erheblichem Ausmaß durch Bildungs- und

22 Die Auswirkung der Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt auf die Arbeitskosten und die Inflation ist zum großen Teil vom Lohnfindungssystem abhängig. Ein lokal begrenzter Arbeitskräftemangel kann zum Beispiel (übermäßig) hohe Lohnabschlüsse in der Gesamtwirtschaft zur Folge haben, wenn sich die Verhandlungen in führenden Sektoren oder Regionen auch auf Lohnabschlüsse in Sektoren oder Regionen auswirken, in denen Arbeitsangebot und -nachfrage eher ausgeglichen sind. Umgekehrt führt eine hohe Arbeitslosigkeit nur dann zu niedrigeren Nominallohnerhöhungen, wenn die „Outsider“ (Arbeitslosen) am Arbeitsmarkt über eine gewisse Macht verfügen, um auf die Lohnverhandlungen Einfluss zu nehmen. Näheres dazu findet sich z. B. bei Lindbeck und Snower (1986) sowie Blanchard und Summers (1988).

Ausbildungssysteme verursacht, welche die Arbeitskräfte nur unzureichend auf die sich ändernden Anforderungen vorbereiten. So werden die in Zeiten raschen technischen Fortschritts, insbesondere auf dem Gebiet der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, benötigten Kenntnisse in nur ungenügender Weise vermittelt. Einige Personalengpässe bei hoch qualifizierten Fachkräften sind auf eine ausgesprochene Knappheit an entsprechend ausgebildeten Personen zurückzuführen. Eine verbesserte schulische und berufliche Ausbildung sowie ein lebenslanges Lernen spielen daher für die Verminderung von qualifikatorischen und berufsbezogenen Mismatches eine entscheidende Rolle.<sup>23</sup>

In vielen Ländern des Euroraums stehen verbesserte Bildungs- und Ausbildungssysteme ganz oben auf der politischen Agenda.<sup>24</sup> So schnürte die italienische Regierung unlängst ein zeitlich befristetes Maßnahmenpaket mit Steuererleichterungen zur Anregung der Bildung von Unternehmenskapital – einschließlich Humankapital – und dehnte die steuerliche Förderung auf Ausgaben für die berufliche Fortbildung der Beschäftigten aus. Die österreichische Regierung schuf Steueranreize zur Aus- und Weiterbildung und führte im Jahr 2000 einen Ausbildungsfreibetrag ein. In Luxemburg ist ein Teil der persönlichen Ausgaben für berufliche Bildungsmaßnahmen steuerlich absetzbar; alternativ dazu bietet der Staat den Unternehmen an, sich direkt an den Kosten für berufliche Qualifizierungsmaßnahmen zu beteiligen. Portugal führte neue Ausbildungsprogramme ein, die auf bestimmte Berufs- und Personengruppen auf dem Arbeitsmarkt wie junge Leute und Langzeitarbeitslose abzielen. In Griechenland sind für die Jahre 2001 bis 2003 u. a. auf der Grundlage von Ergebnissen aus einer breiten Unternehmensbefragung zum Fachkräftemangel Qualifizierungsprogramme geplant. Darüber hinaus wird sich nach dem neuen Gesetz zur Umstrukturierung der staatlichen Arbeitsverwaltung eine neu geschaffene flexible Tochtergesellschaft in Gestalt einer Aktiengesellschaft mit der Aus- und Weiterbildung sowie lebenslangem Lernen befassen. Finnland hat die berufliche Ausbildung für Arbeitslose zu ei-

ner unabdingbaren Voraussetzung für den Bezug von Arbeitslosenunterstützung gemacht. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wird zunehmend auf ihre Zielgerichtetheit überprüft, was für eine Kosten-Nutzen-Analyse äußerst wichtig ist.<sup>25</sup> Viele der Reformen, von denen man sich eine Verbesserung der Aus- und Weiterbildung verspricht, sind erst kürzlich implementiert worden. Es kann also nicht davon ausgegangen werden, dass sie im letzten Jahrzehnt bereits zu einer Verringerung der qualifikatorischen und berufsbezogenen Ungleichgewichte beigetragen haben. Die beträchtlichen qualifikatorischen und berufsbezogenen Mismatches in vielen Ländern des Eurogebiets unterstreichen die Notwendigkeit weiterer grundlegender Verbesserungen des Bildungs- und Ausbildungswe- sens.

### **Steuer- und Sozialleistungssysteme**

Steuer- und Sozialleistungssysteme wirken sich von der Angebotsseite auf die Effizienz von Ausgleichsprozessen am Arbeitsmarkt aus, indem sie sowohl die Intensität der Arbeitssuche als auch den Anreiz zur Investition in Humankapital beeinflussen.<sup>26</sup> So kann bei Fehlen einer bindenden Verpflichtung zur Stellensuche eine großzügig bemessene Arbeitslosenunterstützung eine unzureichende Suchintensität zur Folge haben.<sup>27</sup> Eine ausgedeh-

23 Es muss berücksichtigt werden, dass die Unsicherheit über den Grenzertrag von Bildungsinvestitionen in Zeiten des Übergangs, z. B. aufgrund eines Technologiewandels, sich negativ auf die individuellen Investitionsentscheidungen im Bildungsbereich auswirken könnte.

24 Eine allgemeine Erörterung dieser Frage mit Blick auf die EU-Länder findet sich in Europäische Kommission (2001a).

25 Vgl. z. B. OECD (2001).

26 Die Anreize werden im Allgemeinen bestimmt durch die Größe des „Steuer- und Abgabenkeils“, d.h. der Summe der Sozialversicherungsbeiträge, Lohn-, Einkommen- und Verbrauchssteuern, die eine Diskrepanz zwischen den realen Arbeitskosten des Arbeitgebers und dem realen Nettolohn des Arbeitnehmers schaffen. Eine Besprechung der Literatur hierzu findet sich bei Carone und Salomäki (2001).

27 Das System der Arbeitslosenunterstützung soll im Grunde eine Absicherung für den Fall des Verlusts des Arbeitsplatzes bieten und den Arbeitslosen die Suche nach passenden, ihren Fähigkeiten entsprechenden Beschäftigungsmöglichkeiten gestatten, wodurch auch die Gesamtarbeitsproduktivität erhöht wird (siehe auch OECD (1994)). Eine sehr niedrige Arbeitslosenunterstützung könnte auf Arbeitslose als starker Anreiz wirken, Stellenangebote anzunehmen, die nicht ihren Fähigkeiten entsprechen, was potenziell zu einem Beschäftigungs-Mismatch führt.

te Anspruchsdauer bei Unterstützungen begünstigt tendenziell das Auftreten von Langzeitarbeitslosigkeit. Generell kann eine großzügige Arbeitslosenunterstützung in konjunkturellen Abschwungsphasen den Ausgleichsprozess beeinträchtigen, da bei sinkenden Reallohnen der Anreiz für beschäftigungslos gewordene Arbeitskräfte zur Annahme einer Stelle abnimmt. Darüber hinaus wirkt sich bei strukturellen Veränderungen der Wirtschaft ein hohes Leistungsniveau der Arbeitslosenversicherung negativ auf die Ausgleichsprozesse aus. Dies ist der Tatsache zuzuschreiben, dass für Personen, die im güterproduzierenden Sektor arbeitslos geworden sind, der Anreiz zu einer Beschäftigungsaufnahme im expandierenden Dienstleistungssektor bei entsprechend niedrigeren Löhnen nur gering ist. Empirische Untersuchungen deuten dar-

auf hin, dass dies sowohl zur hohen Arbeitslosigkeit als auch zur großen Anzahl nicht besetzter Stellen für gering qualifizierte Arbeitnehmer, insbesondere im Dienstleistungssektor, beigetragen hat. Zudem beeinträchtigen überproportional ansteigende Steuern bzw. eine Verschärfung der Kriterien für den Erhalt von Sozialleistungen durch eine Verringerung der Anreize für Bildungsinvestitionen die Effizienz, mit der Ausgleichsprozesse auf strukturelle Veränderungen reagieren. Schließlich begünstigen andere Sozialleistungssysteme wie Erwerbsunfähigkeits- und Vorruhestandsregelungen eine Nichterwerbsbeteiligung und verringern die Verfügbarkeit erfahrener Arbeitskräfte.

Wie aus Tabelle 12 zu entnehmen ist, gibt es zwischen den Sozialleistungssystemen der ein-

**Tabelle 12**  
**Sozialleistungssysteme im Euro-Währungsgebiet**

Land	Arbeitslosenunterstützungssysteme				(Vor-)Ruhestandsregelungen	
	Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosenhilfe) Anzahl der Monate	Brutto-Lohnersatzquoten (AV) <sup>a)</sup>	Strengere Arbeitsmarktverfügbarkeitsanforderungen <sup>b)</sup>	Strengere Leistungsanspruchsvoraussetzungen <sup>c)</sup>	Anhebung des Renteneintrittsalters <sup>d)</sup>	Stärkere negative Anreize <sup>e)</sup>
Belgien	unbefristet (keine)	=	+	=	+	+
Deutschland	6 – 32 (unbefristet)	40% → 38%	+	=	=	+
Griechenland	5 – 15 (keine)	=	=	=	=	+
Spanien	4 – 24 (6)	80% → 70%	+	+	=	-
Frankreich	4 – 60 (unbefristet)	57% → 53%	=	+	=	+
Irland	15 (unbefristet)	41% → 32%	=	=	=	=
Italien	6 – 9 (keine)	15% → 33%	+	=	-	+/-
Luxemburg	12 <sup>f)</sup> (keine)	=	=	=	+	=
Niederlande	6 – 60 (24)	=	+	+	=	+
Österreich	5 – 12 (unbefristet)	43% → 36%	=	+	+	+
Portugal	12 – 30 (6 – 15)	=	=	-	+	=
Finnland	23 (unbefristet)	54% → 61%	+	+	+	+

Quellen: CESifo DICE (Europäische Datenbank für den Institutionenvergleich), Boeri (2000), Europäische Kommission (2000).

Anmerkungen: Aktualisierung einiger Angaben durch die Nationalen Zentralbanken (NZBen). Die Veränderungsindikatoren fassen die seit 1990 stattgefundenen Veränderungen zusammen. + (-) steht für eine Zunahme (Abnahme) des jeweiligen Indikators und = bedeutet, dass keine Änderungen in Kraft getreten sind.

- AV bezieht sich auf die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Brutto-Lohnersatzquoten in den ersten Monaten der Arbeitslosigkeit für Arbeitslose mit einem abhängigen Ehegatten. In Ländern ohne AV bezeichnen sie das garantierte Einkommen. Die Veränderungen beziehen sich auf die Neunzigerjahre.
- „Strengere Arbeitsmarktverfügbarkeitsanforderungen“ umfassen strengere Zumutbarkeitskriterien für Arbeitslose bei konkreten Stellenangeboten.
- „Strengere Leistungsanspruchsvoraussetzungen“ umfassen z. B. strengere Anforderungen bei bestimmten Personengruppen für den Bezug von Leistungen und/oder eine längere Mindestbeitragsdauer.
- Umfasst Anhebung der Altersgrenzen für den Eintritt in den Ruhestand bzw. Vorruhestand.
- Negative Anreize umfassen z. B. eine stärkere Besteuerung von Rentenzahlungen, schärfere Voraussetzungen für den Bezug von Versorgungsleistungen bei bestimmten Arbeitnehmergruppen und eine längere Mindestbeitragsdauer für den Erwerb von Rentenansprüchen.
- Kann unter bestimmten Voraussetzungen zusätzlich um maximal zwölf Monate verlängert werden. Es besteht eine Obergrenze für Leistungen der Arbeitslosenversicherung, die beim 2,5fachen des gesetzlichen (Brutto-)Mindestlohns liegt.

zelen Euro-Länder große Unterschiede. In Finnland ist die Höchstbezugsdauer von Arbeitslosenunterstützung theoretisch unbegrenzt und die Brutto-Lohnersatzquoten sind recht hoch, während in Italien die Bezugsdauer recht kurz ist und die Brutto-Lohnersatzquoten ziemlich niedrig sind. Die Reformen der Arbeitslosenunterstützungssysteme im Euroraum konzentrieren sich auf eine Senkung des Leistungsniveaus der Arbeitslosenunterstützung und eine Verschärfung der Kriterien für den Leistungsbezug für mehrere Kategorien von Arbeitslosen oder erwerbsunfähig gewordenen Arbeitskräften. *Zwar zielen die Reformen der Sozialleistungssysteme in den Ländern des Eurogebiets in die richtige Richtung, häufig werden sie jedoch nur zaghaft umgesetzt und reichen in den meisten Fällen nicht sehr weit.*

Die Steuer- und Sozialleistungssysteme können neben ihrem unmittelbaren Einfluss auf den Ausgleichsprozess am Arbeitsmarkt zwischen Arbeitslosen und offenen Stellen auch die allgemeine Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarkts beeinträchtigen, indem sie der Schaffung zusätzlicher Arbeitsnachfrage und zusätzlichen Arbeitsangebots entgegenstehen. Steuer- und Sozialleistungssysteme, die den Unternehmen hohe Steuer- und Sozialabgaben aufbürden und dadurch die Steuerlast und Arbeitskosten erhöhen, beeinträchtigen insgesamt die Nachfrage nach Arbeitskräften. Über die im Folgenden aufgeführten Transmissionsmechanismen können sie auch das Arbeitsangebot beeinträchtigen:

- Arbeitslosenunterstützungssysteme verringern den Anreiz für Arbeitslose, eine Beschäftigung aufzunehmen, und können sogar dazu führen, dass sich bei einer im Vergleich zum potenziellen Nettoeinkommen nach Steuern hohen Arbeitslosenunterstützung einige Arbeitskräfte ganz vom Arbeitsmarkt zurückziehen („Arbeitslosigkeitsfälle“).<sup>28</sup>
- Steuer- und Sozialleistungssysteme wirken sich, insbesondere im Niedriglohnssektor, auch negativ auf die Arbeitsleistung aus. Dies ist darauf zurückzuführen, dass ein

gesteigerter Arbeitseinsatz in Form von mehr Arbeitsstunden sich aufgrund der Steuerprogression bzw. eines verringerten Anspruchs auf Sozialleistungen nicht in einem ausreichenden Anstieg des Nettoarbeitsseinkommens niederschlägt („Armutsfälle“).

- Einige Sozialleistungssysteme (z. B. Vorruhestands- und Erwerbsunfähigkeitsregelungen) begünstigen anstatt der Stellensuche die Nichterwerbsbeteiligung. So verstärken großzügige Vorruhestandsregelungen den Anreiz zum Rückzug aus dem Erwerbsleben. Ihr mit Blick auf den Arbeitsanreiz negativer Einfluss hat in vielen Ländern des Eurogebiets über alle Bildungsstände und Berufe hinweg zu niedrigen Erwerbsquoten bei Arbeitnehmern im Alter von 55 bis 64 Jahren beigetragen.

Was die Steuersätze anbelangt, so ist der Einfluss eines geänderten Grenzsteuersatzes auf das Arbeitskräfteangebot ambivalent, da Einkommens- und Substitutionseffekte gewöhnlich umgekehrte Vorzeichen haben. Einerseits bedeutet eine niedrigere Besteuerung der Arbeit eine wahrscheinliche Erhöhung des Arbeitsangebots durch den Arbeitnehmer, ausgelöst durch die Attraktivität des gestiegenen Realeinkommens verglichen mit den gestiegenen Kosten der Freizeit (Substitutionseffekt). Andererseits könnte der Anstieg des Nettoeinkommens auch zu einer Verringerung des Arbeitsangebots durch den Arbeitnehmer führen (Einkommenseffekt). Die empirische Literatur gelangt mehrheitlich zu dem Schluss, dass eine Verringerung der *Gesamtsteuerbelastung* zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Erhöhung des Arbeitsangebots führen dürfte, obgleich sich die Auswirkungen als relativ schwach herausgestellt haben.<sup>29</sup>

<sup>28</sup> Eine hohe Arbeitslosenunterstützung könnte jedoch auch zu einer höheren Erwerbsquote führen, da die Erwerbsbeteiligung eine Voraussetzung für den Bezug von Leistungen ist. Eine großzügige Arbeitslosenunterstützung wirkt sich daneben auch auf die Lohnverhandlungen aus, da sie einen Anreiz für höhere Tarifabschlüsse darstellt.

<sup>29</sup> Siehe z. B. Nickell (1997).

Während der vergangenen Jahre haben in vielen Ländern des Euroraums Reformen zur Verringerung der hohen Steuerbelastung stattgefunden.<sup>30</sup> Laut Berechnungen der Europäischen Kommission wurden zwischen 1997 und 2000 in verschiedenen Ländern des Eurogebiets die Grenzsteuersätze gesenkt.<sup>31</sup> Des Weiteren wurden im Rahmen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik Maßnahmen zur Subventionierung niedrig entlohnter Beschäftigungsverhältnisse ergriffen, um das effektive Arbeitsangebot von niedrig qualifizierten Arbeitskräften zu erhöhen, so z. B. in Modellversuchen in Deutschland, wo diese Maßnahmen mittlerweile ausgeweitet werden. Insgesamt stellen solche Maßnahmen jedoch, verglichen mit den notwendigen Reformen der Steuer- und Sozialleistungssysteme, nur eine zweitrangige Lösung dar. Darüber hinaus haben einige Länder zur Erreichung einer höheren Erwerbsbeteiligung damit begonnen, ihre Altersversorgungssysteme zu reformieren und den Anwendungsbereich von (Vor-)Ruhestandsregelungen einzuschränken, was vielfach durch eine Anhebung des Rentenalters geschah. *Insgesamt gesehen sollten die Euro-Länder die Reform ihrer Steuer- und Sozialleistungssysteme mit dem Ziel einer Steigerung von Arbeitsangebot und -nachfrage unter Wahrung gesunder öffentlicher Haushalte auf der politischen Agenda auch künftig ganz oben ansetzen.*

### **Kündigungsschutzregeln und damit in Zusammenhang stehende Regulierungen**

Bei den Regelungen zum Kündigungsschutz bestehen zwischen den Ländern des Eurogebiets große Unterschiede, und zwar was die Strenge insgesamt als auch die Bedeutung einzelner Bestimmungen anbelangt.<sup>32</sup> Bei einem strengen Kündigungsschutz neigen die Unternehmen dazu, offene Stellen nur mit Arbeitskräften zu besetzen, die ziemlich genau ihrem Anforderungsprofil entsprechen, da Entlassungen in der Regel kostspielig sind. Dies könnte die berufliche Mobilität erheblich einschränken. Wenn den Unternehmen bei Entlassungen hohe Kosten entstehen, werden sie bei Stellenbesetzungen zögerlicher sein. Dies ver-

mindert in Aufschwungsphasen tendenziell die Zahl der Neueinstellungen. Analog dazu neigen Unternehmen in Abschwungsphasen zu stärkerer Zurückhaltung bei Entlassungen. So reduziert der Kündigungsschutz infolge eines geringeren Zuflusses in die Arbeitslosigkeit tendenziell die kurzfristige Arbeitslosigkeit. Wegen eines geringeren Abflusses aus der Arbeitslosigkeit scheint er andererseits die Langzeitarbeitslosigkeit zu erhöhen. Ein strenger Kündigungsschutz kann die Arbeitsmarktflexibilität verringern, indem er nicht genügend Anreize für eine Anpassung der Beschäftigung an konjunkturelle und strukturelle Veränderungen bietet und dadurch die Produktivität beeinträchtigt.

Nach Feststellungen der OECD (1999) wirkt sich der Kündigungsschutz in erster Linie auf die Beschäftigungschancen von Frauen mittleren Alters sowie auf junge und ältere Beschäftigte aus. Dies führt dazu, dass der Arbeitsmarkt nicht ausreichend in der Lage ist, bei bestimmten Gruppen Arbeitsangebot und -nachfrage zusammenzuführen.<sup>33</sup> Dies dürfte

30 Es wurden länderübergreifend Steuersenkungsmaßnahmen durchgeführt (so z. B. in Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden). Einer der Schwerpunkte war die Verminderung der Steuerbelastung im unteren und mittleren Einkommensbereich (z. B. in Belgien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Österreich und Irland). Eine Übersicht über die jüngsten Steuerreformen in der EU findet sich bei Carone und Salomäki (2001, S. 29-32). Am 1. Januar 2001 wurde in Luxemburg eine zweistufige Steuerreform auf den Weg gebracht, von der sowohl die Beschäftigten als auch die Unternehmen profitieren. Irland versuchte, die Frauenerwerbsquote zu erhöhen (z. B. durch die „Individualisierung“ der Steuerbandbreite des Regelsatzes, wodurch verheirateten Frauen ein stärkerer Anreiz zur Erwerbstätigkeit geboten wird). Weitere Maßnahmen (z. B. in Deutschland und Griechenland) zielten auf eine Verringerung oder Stabilisierung der Sozialversicherungsbeiträge ab.

31 Vgl. dazu Europäische Kommission (2001b), S. 85–95.

32 Zu den Einstellungsregelungen zählen z. B. Bestimmungen zur Förderung benachteiligter Gruppen, Bedingungen für den Einsatz zeitlich begrenzter bzw. unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse sowie Ausbildungserfordernisse. Zu den Kündigungsregelungen zählen Entlassungsverfahren, vorgeschriebene Kündigungsfristen, Abfindungszahlungen und besondere Voraussetzungen für Kollektiventlassungen sowie Kurzarbeit. Beschäftigungsschutz kann durch den freien Markt, die Arbeitsgesetzgebung, Tarifvereinbarungen oder durch die Auslegung von gesetzlichen und vertraglichen Bestimmungen durch die Gerichte gewährleistet werden.

33 Aus der Untersuchung geht ebenfalls hervor, dass der Kündigungsschutz wenig Einfluss auf die Gesamtarbeitslosigkeit hat. Sie könnte sich aber auf die demographische Zusammensetzung der Arbeitslosigkeit auswirken, die bei Männern im mittleren Lebensalter unterdurchschnittlich und insbesondere bei jungen Arbeitskräften überdurchschnittlich ausfällt.



mit der Überlegung in Zusammenhang stehen, dass die einem Unternehmen durch nicht zufrieden stellende Personalrekrutierungen entstehenden Kosten wahrscheinlich mit steigendem Kündigungsschutz zunehmen. Dadurch könnten Firmen geneigt sein, Einstellungen von Arbeitskräften zu vermeiden, wenn deren Qualifikationen für das Unternehmen nicht unmittelbar ersichtlich sind (z. B. bei jungen Arbeitskräften). Diese strukturellen Auswirkungen werden auch von Heckmann und Pagés (2000) beobachtet. Diese weisen im Gegensatz zur OECD (1999), die zwar auch einen negativen, statistisch jedoch nicht signifikanten Einfluss des Kündigungsschutzes auf die Beschäftigungsquote insgesamt feststellte, einen erheblichen negativen Einfluss sowohl auf die Gesamtbeschäftigung als auch auf die Arbeitslosigkeit in den OECD-Ländern nach.<sup>34</sup> Die OECD-Studie aus dem Jahr 1999 stellt fest, dass sich in vielen Ländern des Eurogebiets die Strenge des Kündigungsschutzes bei unbefristeten wie befristeten Beschäftigungsverhältnissen in den Neunzigerjahren verringert hat. So wurden z. B. in Spanien seit Beginn des letzten Jahrzehnts mehrere Reformen des Kündigungsschutzes und damit in Zusammenhang stehender Regelungen unternommen, einschließlich der Schaffung eines neuen Arbeitsvertrags ohne Befristung, bei dem geringere Abfindungszahlungen und Sozialversicherungs-Beitragsrabatte vorgesehen sind. In Frankreich wurden der OECD-Studie des Jahres 1999 zufolge die Rechtsvorschriften zum Kündigungsschutz in den Neunzigerjahren offensichtlich ausgeweitet, während sie in Griechenland, Irland und Österreich unverändert blieben. In jüngerer Zeit verminderte Griechenland den Kündigungsschutz, während in Deutschland und Frankreich entgegengesetzte Trends bzw. Absichten zu beobachten sind.<sup>35</sup> *Für eine Steigerung der Produktivität und effizientere Allokation der Arbeitskräfte dürfte es vorteilhaft sein, die Strenge des Kündigungsschutzes und verwandter Regelungen in vielen Euro-Ländern zu vermindern.*

## **Arbeitszeit**

Flexiblere Arbeitszeiten könnten zu einer besseren Anpassung des Arbeitsangebots an Nachfrageänderungen beitragen und dadurch die Funktionsweise des Arbeitsmarkts insgesamt verbessern. Arbeitszeitkonten sowie die Möglichkeit eines Wechsels zwischen Voll- und Teilzeitstellen erlauben es den Unternehmen, das Beschäftigungsniveau flexibler an Produktionsveränderungen anzupassen, und gestatten es den Beschäftigten, ihre Arbeitszeit entsprechend ihren privaten Bedürfnissen zu gestalten. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten im Euro-Währungsgebiet ist zwischen 1991 und 2000 von 11,2 % auf 16,5 % angestiegen (siehe Tabelle 3). Dabei bestehen zwischen den einzelnen Ländern große Unterschiede. Die Spannweite der Teilzeitquoten reichte im Jahr 2000 von 4,6 % für Griechenland bis 41,2 % für die Niederlande.

Bei den Arbeitszeitreformen ist kein einheitlicher Trend zu erkennen. Während in den letzten Jahren einige Regierungsinitiativen eine generelle Arbeitszeitverkürzung vorsahen (z. B. in Belgien, Frankreich und Italien), hatten andere Initiativen auf gesetzlicher oder tariflicher Ebene die Einführung flexiblerer Arbeitszeiten zum Ziel. So wurde kürzlich in Frankreich und Portugal sowie vereinzelt auch in Italien und Griechenland eine moderate Verringerung der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit durch eine flexiblere Arbeitszeitregelung erkaufte. Der österreichische Arbeitsmarkt hat Erfahrungen mit verschiedenen Formen der Arbeitszeitflexibilisierung gemacht, so z. B. mit Bandbreitenmodellen, bei denen die reguläre Arbeitszeit erheblich ausgeweitet werden kann. In Deutschland reduzierten während des letzten Wirtschaftsaufschwungs Arbeitszeitkonten wirkungsvoll die Notwendigkeit von Überstundenvergütungen und trugen so zu einer Dämpfung des Lohndrucks bei. *Damit die Unternehmen besser in der Lage sind, ihre Produktion an konjunkturelle Schwan-*

<sup>34</sup> Siehe Heckman und Pagés (2000).

<sup>35</sup> In Deutschland wurden die Lockerungen des Kündigungsschutzes durch die zuletzt verabschiedeten Gesetze größtenteils wieder rückgängig gemacht.

kungen anzupassen, wäre es wünschenswert, die Arbeitszeit weiter zu flexibilisieren.

### **Arbeitsmobilität**

Das Maß an Arbeitsmobilität, das eng mit den vorhandenen Arbeitsmarktinstitutionen zusammenhängt, beeinflusst gleichfalls die Effizienz der Ausgleichsprozesse. Empirische Untersuchungen weisen darauf hin, dass regionale Arbeitsmarkt-Mismatches in einigen Ländern des Eurogebiets offensichtlich besonders ausgeprägt sind. Dies deutet auf eine mangelnde regionale Arbeitsmobilität sowie eine geringe Mobilität zwischen den Ländern der Europäischen Union (EU) hin, ungeachtet der Tatsache, dass die Freizügigkeit der Arbeitnehmer ein Grundprinzip des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft darstellt.<sup>36</sup> Eine Verringerung der regionalen Arbeitsmarkt-Mismatches setzt also eine größere geographische Mobilität und stärkere Mobilitätsanreize voraus. Letztere hängen davon ab, ob der aus dem Ortswechsel erwachsende Zusatznutzen die wirtschaftlichen und sozialen Kosten des Umzugs aufwiegt.<sup>37</sup> Der Grad an Arbeitsmobilität wird dabei auch durch Arbeitsmarktinstitutionen wie Steuer- und Sozialleistungssysteme oder den Grad der Zentralisierung der Tariflohnverhandlungen beeinflusst. So können zentralisierte Tarifverhandlungssysteme verhindern, dass ein angemessenes regionales Lohngefälle zustande kommt. Wenn darüber hinaus die Arbeitslosenunterstützungssysteme nicht für genügend Arbeitsanreize sorgen, werden angesichts der hohen Migrationskosten die regionalen Arbeitsmarktungleichgewichte fortbestehen.<sup>38</sup> Vor diesem Hintergrund spielen Mobilitätzuschüsse für junge Menschen, z. B. in Deutschland, eine zunehmend wichtige Rolle. Allerdings wird der Einfluss institutioneller Reformen, wie z. B. verstärkter Arbeitsanreize infolge reformierter Steuer- und Sozialleistungssysteme, nicht direkt für mehr Anreize zur Arbeitsaufnahme und Migration sorgen und daher auch nicht unmittelbar zu einer verbesserten Funktion des Ausgleichsprozesses am Arbeitsmarkt führen. Daher ist es wichtig, dass durch eine hinreichende regionale Lohn-

differenzierung ein Beitrag zur Überwindung der regionalen Ungleichgewichte an den Arbeitsmärkten geleistet wird.

Aufgrund der bestehenden Schwierigkeiten bei der Anwerbung von hoch qualifizierten Arbeitnehmern wie Software-Ingenieuren oder gering qualifizierten Arbeitskräften wie Saisonarbeitern in der Landwirtschaft und im Dienstleistungsbereich spielt die Einwanderung aus Nicht-EU-Ländern gegenwärtig und künftig eine wichtige Rolle bei der Befriedigung der Personalnachfrage und der Verringerung eines sektoralen und berufsspezifischen Arbeitskräftemangels. Dies gilt für eine ganze Reihe von Ländern. Insbesondere zur Beseitigung des Mangels an hoch qualifizierten Arbeitskräften führte Deutschland ein Zuwanderungsprogramm für IT-Fachkräfte („Green Card“) ein und Frankreich erleichterte die Anwerbebedingungen bzw. Kriterien für die Ausgabe von Arbeitsvisa für hoch qualifizierte Fachkräfte.<sup>39</sup>

Zwei weitere Aspekte sind zu berücksichtigen:

- Zuwanderung kann kurzfristig die Auswirkungen der Mismatches am Arbeitsmarkt abfedern, da sie zur Verringerung eines

36 Eine Übersicht zur Beschäftigung von Ausländern und der Arbeitsmobilität im Euro-Währungsgebiet und der EU findet sich z. B. in OECD (2001).

37 Die Kosten der Migration hängen von einer breiten Palette von Faktoren ab, die von den tatsächlichen Umzugskosten bis hin zu den Transaktionskosten auf dem Wohnungsmarkt reichen. Daneben werden in der EU als zusätzliches Erschwernis der Mobilität zwischen den Ländern des Euroraums häufig die sprachlichen Unterschiede genannt. Darüber hinaus existieren nach wie vor eine Reihe administrativer Hindernisse wie die Nichtanerkennung von Berufsausbildungsabschlüssen und eingeschränkte Möglichkeiten der Übertragung von Versorgungsansprüchen in ein anderes Mitgliedsland.

38 Eine Erörterung des Einflusses zentralisierter Lohnverhandlungen auf die regionale Arbeitslosigkeit findet sich bei Boeri, Layard und Nickell (2000).

39 Die Steuerung der Zuwanderung in die EU obliegt an erster Stelle immer noch den Mitgliedstaaten. Die Europäische Kommission bringt allerdings zunehmend den Vorschlag ins Spiel, für die Einwanderungspolitik auf Gemeinschaftsebene ein „offenes Koordinierungsverfahren“ einzuführen. Grundlage hierfür sind die Schlussfolgerungen des Europäischen Rats in Tampere aus dem Jahr 1999, welche die Vereinbarung enthalten, über eine effizientere Steuerung der Zuwanderungsströme nachzudenken, unterstützt durch den Vorschlag zur Ausarbeitung „Europäischer Leitlinien zur Zuwanderung“ (siehe Europäische Kommission (2001c)).

schwerwiegenden Arbeitskräftemangels beitragen kann. Zuwanderung könnte daher zu einem Nachlassen des Lohndrucks führen und Hürden für das Produktionswachstum beseitigen.

- Längerfristig könnte die Zuwanderung allerdings zur Unterbindung stärkerer An-

reize zur Reduzierung der bestehenden Arbeitslosigkeit führen, wenn dadurch die Anreize verringert werden, Arbeitsmarktreformen durchzuführen, die den eigentlichen Ursachen der ungenügenden Anpassungsfähigkeit des Arbeitsmarkts zu Leibe rücken.<sup>40</sup>

## 5 Schlussbemerkungen

Die gezielten Arbeitsmarktreformen, die in den Neunzigerjahren in den Euro-Ländern ergriffen wurden, trugen während des Konjunkturaufschwungs von 1997 bis 2000 zum kräftigen Beschäftigungswachstum und zum deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit in vielen Euro-Ländern bei. Dies vollzog sich trotz des zunehmend von Wettbewerb geprägten globalen Umfelds und des mit einer vermehrten Nachfrage nach Fachkräften einhergehenden technologischen Wandels. Beide Entwicklungen verstärken in der Regel die negativen Folgen bestehender Schieflagen am Arbeitsmarkt. Es lässt sich nur schwer abschätzen, inwieweit diese Reformen die Lage am Arbeitsmarkt verbessert haben, indem sie ein besseres Funktionieren der Arbeitsmärkte im Allgemeinen gefördert oder dazu beigetragen haben, dass es den Arbeitsmärkten besser gelingt, insbesondere Arbeitslose und offene Stellen zusammenzubringen. Wie in Kapitel 2 dargelegt, wird eine Beurteilung der Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen auf die Effizienz der Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt zum einen durch die Schwierigkeit einer Trennung zwischen konjunkturellen und strukturellen Veränderungen und zum anderen durch beträchtliche statistische Hindernisse, besonders die im Hinblick auf die offenen Stellen unzureichende Datenqualität, erschwert.

Vor diesem Hintergrund sieht der vorliegende Bericht davon ab, verbindliche Schlussfolgerungen über die Veränderungen der Effizienz der Ausgleichsprozesse in den Euro-Ländern zu ziehen. Gleichwohl lassen die erhobenen Daten darauf schließen, dass in vielen Bereichen nach wie vor gravierende

Ungleichgewichte bestehen, die noch reichlich Spielraum für eine Fortsetzung des Reformprozesses am Arbeitsmarkt lassen. Jedes Land sollte die grundlegenden Ursachen dieser Ungleichgewichte erkennen und entsprechende Maßnahmen ergreifen. Eine effizientere Arbeitsvermittlung, flexiblere Löhne und eine größere Lohndifferenzierung, verbesserte schulische und berufliche Ausbildung sowie lebenslanges Lernen, Reformen des Steuer- und des Sozialleistungssystems, weniger restriktive Kündigungsschutzbestimmungen, flexiblere Arbeitszeiten sowie Maßnahmen zur Erhöhung der Mobilität der Arbeitskräfte tragen jeweils zu einem effizienteren Ausgleichsprozess und zu flexibleren Arbeitsmärkten bei. Zwar haben die Euro-Länder dahingehend zweifellos gewisse Fortschritte bei der Verbesserung des Funktionierens ihrer Arbeitsmärkte erzielt, doch waren viele dieser Reformen nicht weitreichend genug oder wurden erst vor Kurzem in Angriff genommen, sodass sie erst langsam Auswirkungen zeigen. Die anhaltend hohe Arbeitslosenquote, die geringe Erwerbsbeteiligung und die sich unterschiedlich entwickelnden Arbeitsmärkte im Euroraum lassen erkennen, dass weiterhin ein großer Handlungsbedarf besteht.

<sup>40</sup> In Griechenland stellt die Zuwanderung in erster Linie eine Ergänzung der einheimischen Arbeitskräfte dar, und zwar im häuslichen Bereich, in der Altenpflege und Landwirtschaft, im Baugewerbe, Tourismus und in kleinen Produktionsbetrieben. Ein Mangel an Arbeitskräften besteht jedoch nach wie vor in mittleren und großen Produktionsbetrieben sowie für durchschnittlich und hoch spezialisierte Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor. Die Anreize zu Arbeitsmarktreformen haben sich also durch die Zuwanderung nicht abgeschwächt.



## Datenverfügbarkeit und Datenprobleme

Bei der Beurteilung der Zweckdienlichkeit der Arbeitslosenquoten und der Daten über offene Stellen sowie der Relationen zwischen diesen beiden Messgrößen in Form von Mismatch-Indikatoren sind die Abgrenzungen und die Verfügbarkeit entsprechender Daten für die Arbeitslosigkeit und insbesondere die offenen Stellen zu beachten. Während zur Arbeitslosigkeit weithin verwendete statistische Definitionen vorliegen, z. B. diejenigen, die

auf den allgemeinen anerkannten Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation beruhen, sind Daten über offene Stellen einer Reihe von Einschränkungen unterworfen, da sie aufgrund der Tatsache, dass sie lediglich die bei den Arbeitsämtern gemeldeten Vakanzen enthalten, häufig nicht repräsentativ sind. Daher erfassen diese Angaben lediglich einen kleinen Teil der tatsächlichen Anzahl an Stellenangeboten. Wenn die offiziellen An-

**Tabelle I 3**

### Wichtigste Informationsquellen für die Einschätzung der Mismatches an den Arbeitsmärkten im Euro-Währungsgebiet

Indikatoren und Informationsquellen	Erfassungsbereich	Datenverfügbarkeit und -verlässlichkeit
<p><b>Arbeitslosenquote</b> Quellen: Arbeitskräfteerhebung von Eurostat: Aufschlüsselung nach Ausbildungsstand, Beruf und Dauer. Nationale Quellen.</p>	<p>Bei der Aufschlüsselung nach Ausbildungsstand alle Länder mit Ausnahme Irlands und Luxemburgs. Bei der Aufschlüsselung nach Berufen alle Länder außer Frankreich und den Niederlanden. Bei der Aufschlüsselung nach der Dauer alle Länder außer Irland. Die Daten zur Dauer der Arbeitslosigkeit wurden für Irland vom Central Statistical Office und für Luxemburg von der Administration de l'Emploi (der staatlichen Arbeitsverwaltung) zur Verfügung gestellt.</p>	<p>Die Aufschlüsselung nach dem Ausbildungsstand ist für die Jahre 2000 bis 1992 jährlich verfügbar, und die Aufschlüsselung nach Berufen steht für Deutschland, Spanien, Portugal, Luxemburg und Italien bis ins Jahr 1992 zurück, für Belgien bis 1993 und Österreich und Finnland bis 1995 zur Verfügung. Die Aufschlüsselung nach Regionen (aus der REGIO-Datenbank) ist bis Anfang der Achtzigerjahre zurück verfügbar, außer für Deutschland (1991), Österreich (1993) und Finnland (1996).</p> <p>Die (aus der Eurostat-Arbeitskräfteerhebung verfügbaren) Daten entsprechen harmonisierten Definitionen und werden nach identischen Klassifikationen aufbereitet.</p>
<p><b>Offene Stellen<sup>1)</sup></b> Quellen: BIZ und NZBen.</p>	<p>Verfügbar für die Gesamtwirtschaft. Entsprechende Daten werden nur in Belgien, Deutschland, Spanien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal und Finnland, d. h. 60 % des Euro-Währungsgebiets, veröffentlicht. Die Angaben für Griechenland und Luxemburg wurden von den jeweiligen NZBen zur Verfügung gestellt.</p>	<p>Eine Aufschlüsselung nach Ausbildungsstand, Beruf und Region ist in vielen Ländern für Anfang bzw. Ende der Neunzigerjahre nicht verfügbar.</p> <p>Den Aufschlüsselungen nach Ausbildungsstand, Beruf oder Region liegt keine harmonisierte Systematik zugrunde.</p> <p><i>Die Angaben über offene Stellen umfassen nur einen kleinen Teil<sup>2)</sup> der tatsächlichen Zahl der Stellenangebote, da sie den bei den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen entsprechen und andere Quellen wie Zeitungen, das Internet und private Vermittlungsagenturen unberücksichtigt lassen. Die Daten sind nicht länderübergreifend harmonisiert.</i></p> <p><i>Darüber hinaus könnte der Anteil der registrierten offenen Stellen an der Gesamtzahl im Laufe der Zeit Schwankungen unterliegen, insbesondere bei Konjunkturveränderungen; ferner könnte er durch einige der in den europäischen Ländern durchgeführten Arbeitsmarktreformen beeinflusst werden. Vor allem der flexiblere Einsatz von Aushilfsbeschäftigten über private Vermittlungsagenturen würde den Anteil der bei den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen verringern. Schließlich könnten einige Stellen, die mittlerweile wieder besetzt worden sind, bei den Arbeitsämtern noch als offen gemeldet sein, wenn die Unternehmen eine rechtzeitige Benachrichtigung des Arbeitsamts vergessen haben. Daher sind die Veränderungsdaten von größerem Aussagewert als die Bestandsdaten.</i></p>

## Noch: Tabelle 13

Indikatoren und Informationsquellen	Erfassungsbereich	Datenverfügbarkeit und -verlässlichkeit
<b>Offene Stellen (Forts.)<sup>1)</sup></b>		<i>Aufschlüsselungen der offenen Stellen</i> sind aufgrund von Erfassungsfehlern nicht ganz abgesichert und überzeichnen z. B. tendenziell den Anteil der bei den Arbeitsämtern registrierten gering qualifizierten Personen.
<b>Umfragen</b> Quelle: Branchenumfragen der Europäischen Kommission (EK).	<i>Verarbeitendes Gewerbe nur bei EK-Umfragen.</i> Die Daten wurden von der EK noch nicht veröffentlicht, stehen mittlerweile jedoch in deren Datenbank zur Verfügung. Für das Euro-Währungsgebiet ist eine Aufschlüsselung nach Ausbildungsstand, Beruf oder Branche nicht verfügbar.	Zeitnahe Daten und Quartalswerte, die jeweils in der zweiten Woche des Monats nach der Umfrage veröffentlicht werden. (Der Fragebogen wird den Unternehmen im Januar, April, Juli und Oktober zugesandt). Direktere Indikatoren des Arbeitskräftemangels. Daten sind länderübergreifend harmonisiert. <i>Verzerrter Schätzer</i> wegen des beschränkten sektoralen Erfassungsgrads. Die Unternehmen nennen den Arbeitskräftemangel als Hauptursache für Produktionshemmnisse. Sie werden aufgefordert, nur jeweils eine Ursache zu nennen (Arbeitskräftemangel, ungenügende Nachfrage, fehlende Ausrüstungsgüter, sonstiges). Daher könnte das Ausmaß des Arbeitskräftemangels in den Umfrageergebnissen unterzeichnet werden, da darin nicht die Unternehmen erfasst sind, die zwar auch Personalbeschaffungsschwierigkeiten haben, aber andere Produktionshemmnisse in den Vordergrund stellen. Dennoch subjektive, auf Unternehmensangaben beruhende Informationen. Die Meldung größerer Personalbeschaffungsschwierigkeiten könnte auf einen <i>Memory-Effekt</i> zurückzuführen sein, d. h., die implizite Referenzperiode der Unternehmen ist häufig Anfang oder Mitte der Neunzigerjahre, als qualifizierte (und für die angebotene Stelle oftmals überqualifizierte) Arbeitskräfte jederzeit verfügbar waren.

1) Der vorliegende Bericht bezieht sich auf die unbesetzt gebliebenen Stellen (Bestandsgrößen), die möglicherweise ein besserer Indikator für den Arbeitskräftemangel sind als die Angaben über neu frei werdende Stellen (Stromgrößen). Hierzu stehen aber ebenfalls Zahlenangaben zur Verfügung, die für künftige Analysen von friktionellen Engpässen von Nutzen sein könnten.

2) Nach den vorliegenden Untersuchungen dürfte in Deutschland der Anteil der gemeldeten offenen Stellen lediglich ein Drittel der Gesamtzahl an offenen Stellen ausmachen und in Spanien und Portugal nur 10 %–20 %.

gaben durch Erhebungsdaten ergänzt werden, in denen Stellenangebote in Zeitungen, im Internet und von privaten Vermittlungsagenturen berücksichtigt sind, lässt sich ein vollständigeres Bild über das Ausmaß des Arbeitskräftemangels zeichnen. Branchenumfragen können die Einschätzung erleichtern, ob Personalengpässe in jüngerer Zeit ein Produktionshemmnis dargestellt haben.

Des Weiteren liegen Angaben über unbesetzte Stellen nur für Belgien, Deutschland, Grie-

chenland, Spanien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland vor, auf die rund 60 % der Erwerbspersonen im Euroraum entfallen. In Frankreich basieren die verfügbaren Daten auf dem Zustrom offener Stellen (neu frei werdende Stellen) und nicht auf dem Bestand an (nicht besetzten) offenen Stellen; hierüber stehen keine Angaben zur Verfügung.

## Anhang 2

### Beveridge-Kurven (errechnet aus den Daten der Branchenumfragen der Europäischen Kommission)

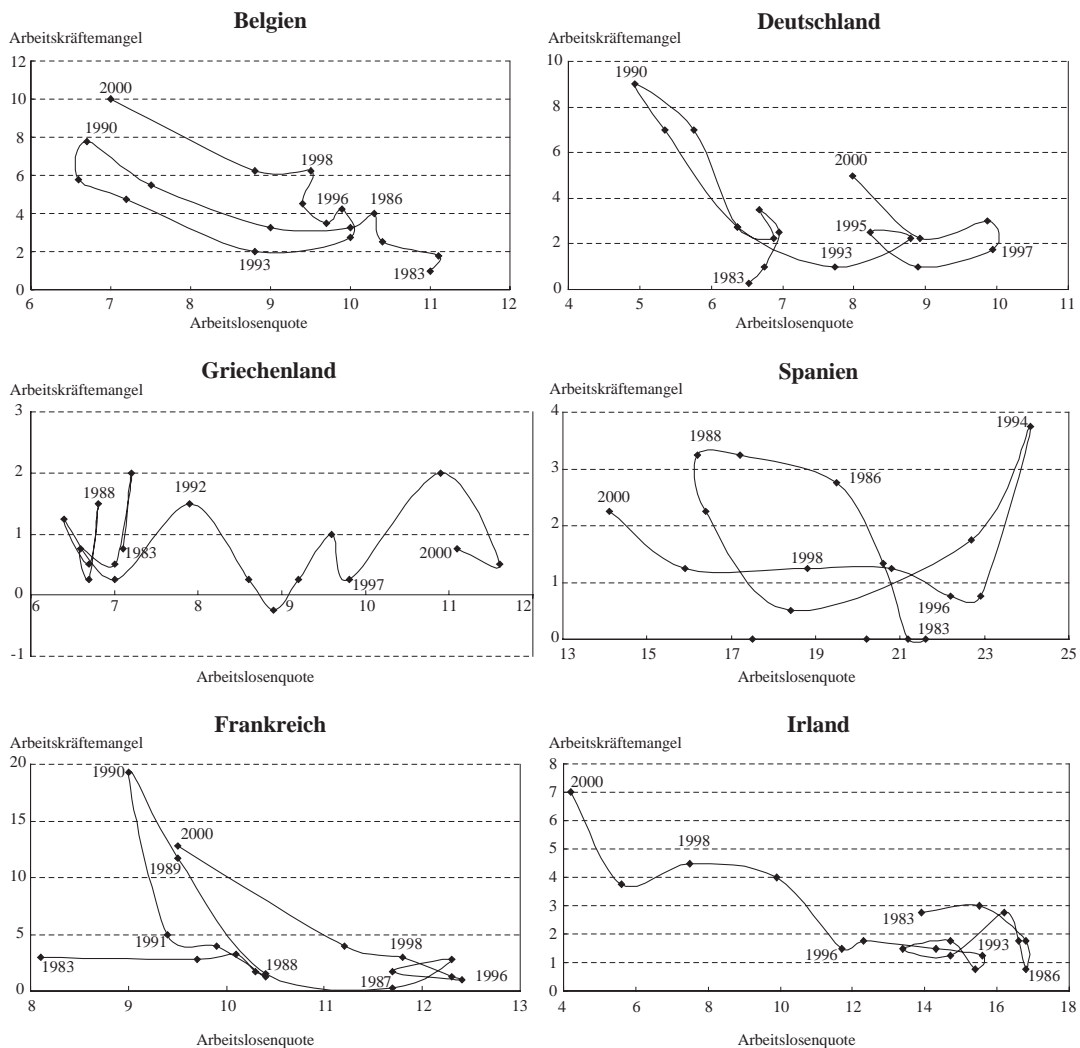
Die Angaben über offene Stellen werden hier durch den Prozentanteil der Unternehmen im *verarbeitenden Gewerbe* ersetzt, die Arbeitskräftemangel als größtes Produktionshemmnis anführen (Daten aus den Branchenumfragen der Europäischen Kommission). Dabei werden sämtliche Länder des Eurogebiets berücksichtigt, einschließlich derer, für die keine Angaben über offene Stellen vorliegen. Die Daten für Finnland stammen aus einer natio-

naln Umfrage und konzentrieren sich auf den Mangel an Fachkräften als Produktionshemmnis. Obgleich den Angaben über offene Stellen und den Umfragedaten verschiedene Konzepte und Zielrichtungen zugrunde liegen, entspricht die Form dieser Beveridge-Kurve völlig der herkömmlichen Beveridge-Kurve (welche die Quote der offenen Stellen im Verhältnis zur Arbeitslosenquote darstellt) und lässt ähnliche Schlussfolgerungen zu.

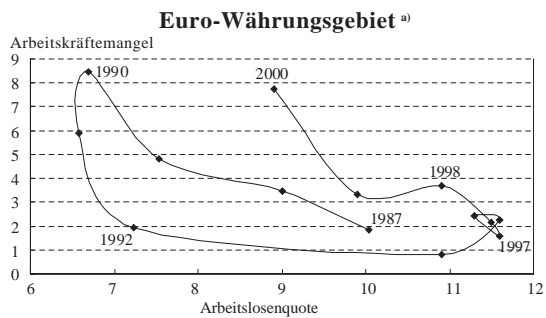
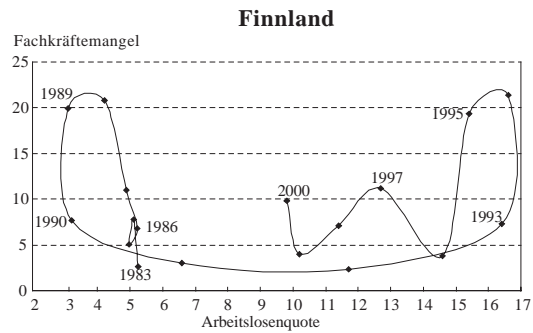
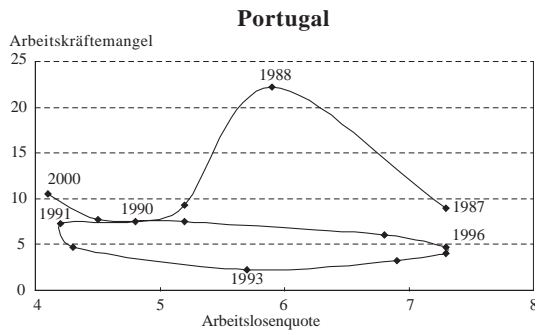
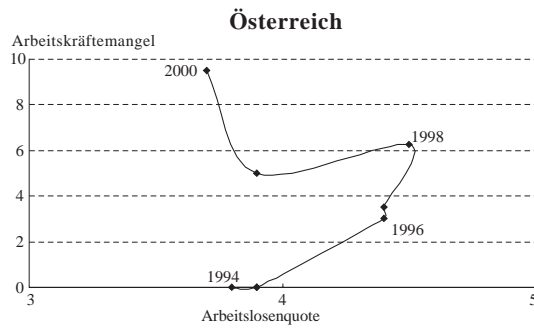
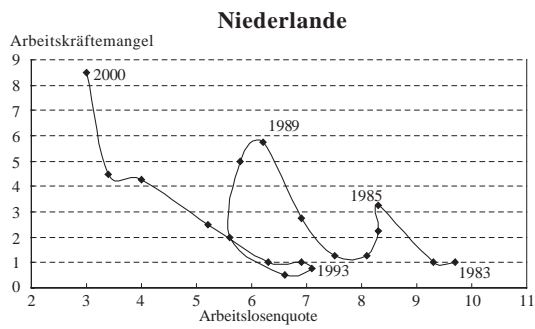
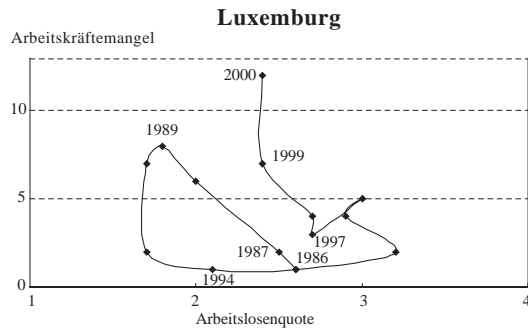
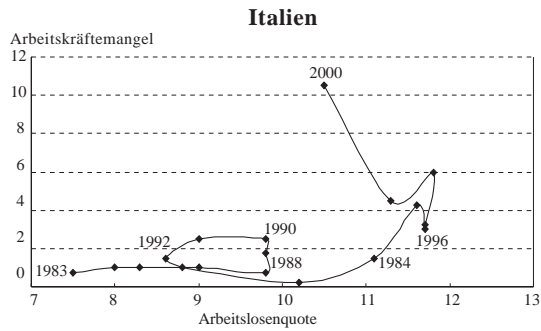
**Abbildung 3**

### Beveridge-Kurven für die Länder des Euro-Währungsgebiets (errechnet aus den Daten der Branchenumfragen der Europäischen Kommission)

(Arbeitskräftemangel/Arbeitslosenquote, in %)



**Noch: Abbildung 3**



Quellen: Branchenumfragen der Europäischen Kommission, NZBen, BIZ, Eurostat (Arbeitskräfteerhebung) und EZB-Berechnungen.  
 a) Die Umfragedaten decken 95 % des Euro-Währungsgebiets ab.

## Anhang 3

### Länderspezifische Informationen zur Entwicklung der Mismatches auf den Arbeitsmärkten

Neben den Beveridge-Kurven und den spezifischen, für den vorliegenden Bericht berechneten Mismatch-Indikatoren sind ergänzende Informationen nützlich bei der Beurteilung der Entwicklung der Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt auf der Ebene einzelner Länder. In den folgenden Abschnitten wird die im Hauptteil vorgenommene allgemeine Einschätzung für sechs Länder durch zusätzliche Informationen ergänzt.

#### Deutschland

Da die Arbeitgeber nicht zur Meldung offener Stellen an die Bundesanstalt für Arbeit verpflichtet sind, umfassen die gemeldeten offenen Stellen nicht alle zu besetzenden Arbeitsplätze. Das Verhältnis zwischen gemeldeten offenen Stellen und der Gesamtzahl an offenen Stellen wird vom Institut für Arbeits- und Berufsforschung (IAB) aufgrund einer Umfrage auf lediglich rund 35 % geschätzt. Die Quote verändert sich im Zeitverlauf und ist bei niedriger (hoher) Arbeitslosigkeit tendenziell gering (hoch). Eine Beveridge-Kurve, die auf Schätzungen aus Umfragen zu den offenen Stellen und der standardisierten Arbeitslosenquote beruht, weist jedoch ein Muster auf, das weitgehend der aus den gemeldeten offenen Stellen und der registrierten Arbeitslosenquote abgeleiteten Kurve entspricht. Daher wird der Aussagewert der Beveridge-Kurve durch die Erfassungsprobleme nicht in Frage gestellt. Allerdings werden die Mismatch-Indikatoren, die auf der Struktur der offenen Stellen beruhen, stark durch Erfassungsfehler beeinflusst. Die standardisierte Arbeitslosenquote und insbesondere die Langzeitarbeitslosenquote werden in Deutschland durch überhöhte Angaben beeinträchtigt, besonders wenn es sich um ältere Personen handelt. Nur ein sehr geringer Anteil der Arbeitslosen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren ist bereit, eine Beschäftigung anzunehmen; viele der älteren Arbeitslosen beabsichtigen nicht, ins Arbeitsleben zurückzukehren und suchen daher nicht aktiv nach

Arbeit. Sie sollten deshalb in der Arbeitskräfteerhebung als nicht erwerbstätig statt als arbeitslos eingestuft werden. Dieses Phänomen erklärt teilweise die drastische Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit um 21 Prozentpunkte zwischen 1990 und 2000.

#### Spanien

Hinter der fehlenden Bewegung in der Beveridge-Kurve auf Landesebene verbergen sich unterschiedliche regionale Entwicklungen. Die Regionen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit (Andalusien, Extremadura, Asturien, Kantabrien, die Doppelregion Kastilien und Galicien) verzeichneten in den Neunzigerjahren eine deutliche Verschiebung ihrer Beveridge-Kurven nach außen, während in den Regionen, deren Arbeitslosenquoten mit rund 5 % erheblich unter dem Durchschnitt lagen (Aragon, die Balearen, Navarra, Katalonien und Rioja), im selben Zeitraum eine Verschiebung nach innen zu beobachten war. Der statistische Erfassungsgrad der offenen Stellen ist überdies nach wie vor sehr gering und berücksichtigt lediglich zwischen 10 % und 20 % der Gesamtzahl an offenen Stellen.

#### Frankreich

Die Beveridge-Kurve für Frankreich zeigt eine recht deutliche Verschiebung nach außen, was auf eine Verschlechterung der Effizienz der Ausgleichsprozesse in den Neunzigerjahren schließen lässt. Diese Schlussfolgerung, zu der auch Pisani-Ferry (2000) gelangt, sollte mit Vorsicht betrachtet werden. Erstens erfassen die Erhebungsdaten, aus denen die Beveridge-Kurve erstellt wurde, nur das verarbeitende Gewerbe. Zweitens fällt die Verschiebung nach außen etwas weniger deutlich aus, wenn man die jüngere Zeit betrachtet, vor allem das Jahr 2000. Tatsächlich nahmen im Jahr 2000 die von den Unternehmen als Reaktion auf den starken Rückgang der Arbeitslosigkeit gemeldeten Personalbeschaffungsschwie-

rigkeiten in wesentlich geringerem Maße zu als 1990 und könnten ein Anzeichen für eine kürzlich stattgefundenen Verbesserung des Ausgleichsprozesses sein. Dies lässt sich möglicherweise zum Teil durch die jüngsten Arbeitsmarktreformen und insbesondere durch die neueren, im Rahmen der öffentlichen Arbeitsvermittlungspolitik ergriffenen Maßnahmen erklären, zu denen auch die beschäftigungspolitischen Leitlinien ermuntern. Drittens scheint die geringere Effizienz der Ausgleichsprozesse in den Neunzigerjahren zwar durch qualifikatorische und regionale Mismatch-Indikatoren, die anhand der Daten aus der Arbeitskräfteerhebung und der REGIO-Datenbank von Eurostat erstellt wurden, bestätigt zu werden. Andere Indikatoren, die auf stärker disaggregierte nationale Daten zurückgreifen (Enquête emploi, INSEE), zeichnen jedoch ein positiveres Bild von der Entwicklung der qualifikatorischen, berufsbedingten und regionalen Arbeitsmarktungleichgewichte dieser Dekade. Dies mag teilweise auf den gewählten Zeitrahmen zurückzuführen sein. Die von Eurostat (Arbeitskräfteerhebung) zur Verfügung gestellten entsprechenden Zeitreihen beginnen erst 1992, während die Ungleichgewichte nationalen Quellen zufolge offensichtlich zwischen 1990 und 1992 abgenommen haben.

### **Italien**

Die auf den Ergebnissen der Branchenumfrage der Europäischen Kommission beruhende Beveridge-Kurve zeigt eine Verschiebung nach außen, was auf eine im Vergleich zu den späten Achtzigerjahren verringerte Effizienz des Ausgleichsprozesses hindeutet. Diese Entwicklung wird noch deutlicher, wenn die Umfragedaten durch einen Stellenanzeigenindikator (der auf der Anzahl der in den großen italienischen Zeitungen inserierten offenen Stellen fußt) ersetzt werden und statt der Arbeitslosen die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (zwischen 15 und 64 Jahren) zugrunde gelegt wird. Eine geschätzte „Job-Matching-Funktion“ führt jedoch zu entgegengesetzten Ergebnissen und deutet auf eine

Steigerung der Effizienz des Ausgleichsprozesses hin (siehe Brandolini und Cipollone, 2001). Außerdem lässt sich an den anderen Mismatch-Indikatoren (qualifikatorisch, regional und berufsbedingt) kein deutlicher Effizienzrückgang beim Ausgleichsprozess in den Neunzigerjahren ablesen. Darüber hinaus verminderte sich der Anteil der Langzeitarbeitslosen von 1990 bis 2000 deutlich um 8 Prozentpunkte. Die Studie von Brandolini und Cipollone (2001) bestätigt die Heterogenität der Ergebnisse und lässt keine einfache Bewertung zu. Überdies stellen die Autoren fest, dass anders als bei der Beveridge-Kurve die meisten Indikatoren dafür sprechen, dass der Ausgleichsprozess in den Neunzigerjahren vor dem Hintergrund der im gleichen Zeitraum durchgeführten Arbeitsmarktreformen effizienter geworden ist, was allerdings mit einem anhaltend gravierenden regionalen Mismatch einherging.

### **Luxemburg**

Der durchschnittliche Beschäftigungszuwachs in Luxemburg lag, wie aus der Arbeitskräfteerhebung von Eurostat und der Tabelle 2 im Hauptteil des vorliegenden Berichts zu ersehen ist, zwischen 1997 und 2000 bei 2,3 %. Diese Zahl unterzeichnet allerdings in starkem Maße den Umfang der neu geschaffenen Stellen in Luxemburg, da sie die Grenzgänger aus dem Ausland außer Acht lässt.

### **Portugal**

Die Beveridge-Kurve sollte mit Vorsicht beurteilt werden, da zwischen den späten Achtzigerjahren und den späten Neunzigerjahren Messprobleme die Vergleichbarkeit der Angaben über offene Stellen beeinträchtigten. Das Arbeitsamt war Ende der Achtzigerjahre noch nicht vollständig eingerichtet. Dies hatte zur Folge, dass die Statistiken zur Arbeitslosigkeit und zu den offenen Stellen nur von sehr niedriger Qualität waren. Außerdem ist der Erfassungsgrad bei den offenen Stellen mit lediglich 10 % nach wie vor sehr gering.

## Anhang 4

### Indikatoren der Mismatches am Arbeitsmarkt

Je nach zugrunde gelegtem theoretischen Ansatz können verschiedene Indikatoren für Mismatches am Arbeitsmarkt herangezogen werden. Allerdings gibt es für die Messung der Mismatches keinen eindeutig überlegenen Indikator. Die Auswahl der in diesem Bericht verwendeten Indikatoren wird weitgehend durch die Verfügbarkeit und Vergleichbarkeit der Daten in den einzelnen Ländern sowie die Aufschlüsselung nach Bildungsstand, Berufssparten und Regionen bestimmt. Die Probleme hinsichtlich der Verfügbarkeit der Daten, insbesondere über offene Stellen, werden in Anhang I ausführlicher erläutert.

#### Beveridge-Kurven

Die Beveridge-Kurve ist das wichtigste Instrument zur Beurteilung von Veränderungen der Effizienz der Ausgleichsprozesse. Sie ist formal definiert als der von all jenen Kombinationen von Arbeitslosen- und Vakanzquoten gebildete Pfad, bei denen die Arbeitslosigkeit stabil bleibt, d. h. die Zugänge in die Arbeitslosigkeit den Abgängen entsprechen. Aufgrund der Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt ist die Arbeitslosigkeit umso niedriger, je höher die Anzahl der offenen Stellen ist, da sich hierdurch die Wahrscheinlichkeit erhöht, eine Stelle zu finden. Bewegungen entlang der Kurve (also gegenläufige Entwicklungen der offenen Stellen und der Arbeitslosigkeit) sind auf konjunkturelle Schwankungen zurückzuführen. Eine Verschiebung der Kurve nach außen, bei der sich sowohl die Vakanzen als auch die Arbeitslosigkeit erhöhen, könnte auf eine Verschlechterung des Ausgleichsprozesses aufgrund von strukturellen Faktoren wie etwa verstärkten Verkrustungen am Arbeitsmarkt hinweisen. Dies bedeutet, dass die Zahl der offenen Stellen bei einer gegebenen Arbeitslosenquote höher ist als zuvor. Umgekehrt könnte eine Verschiebung der Kurve nach innen auf eine erhöhte Effizienz der Ausgleichsprozesse hindeuten. Da es in der Praxis nicht einfach sein dürfte, zwischen konjunkturbedingten Bewegungen entlang der Beveridge-Kurve und möglichen Verschiebungen

der Kurve zu unterscheiden, wird in diesem Bericht versucht, die Entwicklungen bei den Ausgleichsprozessen durch einen Vergleich zwischen den letzten beiden konjunkturellen Aufschwungsphasen, also Ende der Achtziger- und Ende der Neunzigerjahre, aufzuzeigen.

Hierbei ist zu beachten, dass sich durch einen Vergleich der Arbeitslosen- und der Vakanzquote unter Heranziehung der Beveridge-Kurve die Veränderungen der Effizienz des Ausgleichsprozesses am Arbeitsmarkt nur sehr indirekt messen lassen, da eine Verschiebung der Kurve nach außen z. B. nicht unmittelbar eine Verschlechterung der Matching-Prozesse bedeutet.<sup>41</sup> Allgemeiner ausgedrückt bildet die Kurve das Ergebnis des Arbeitsmarktgeschehens anhand von Arbeitslosigkeit und offenen Stellen ab. Darin spiegelt sich die Wechselwirkung zwischen Schocks und Schwankungen im Grad der Anpassungsfähigkeit des Arbeitsmarkts wider. Auch sollten empirische Beveridge-Kurven mit einer gewissen Vorsicht interpretiert werden, da die Vakanzdaten, sofern sie überhaupt vorliegen, oft nicht die Gesamtzahl der tatsächlichen offenen Stellen in einer Volkswirtschaft wiedergeben, wodurch die Analyse verzerrt werden kann. Für Frankreich, Irland und Italien liegen keine Angaben zu offenen Stellen vor. Stattdessen werden die Ergebnisse der Branchenumfrage der Europäischen Kommission über den Arbeitskräftemangel im verarbeitenden Gewerbe herangezogen (d. h. der Anteil der Unternehmen, bei denen der Mangel an Arbeitskräften das größte Produktionshemmnis darstellt). Ein Vergleich der herkömmlichen Beveridge-Kurve auf der Basis der verfügbaren Vakanzdaten und der Beveridge-Kurve, die auf Umfrageda-

<sup>41</sup> Dennoch kann die Beveridge-Kurve als eine zusammenfassende Darstellung des Arbeitsergebnisses infolge von Zugängen in die und Abgängen aus der Arbeitslosigkeit und offenen Stellen bei gegebener Effizienz des Ausgleichsprozesses am Arbeitsmarkt betrachtet werden. Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit kann auf Entlassungen und Kündigungen durch Arbeitnehmer zurückzuführen sein. Eine Zunahme der offenen Stellen kann durch die Schaffung neuer Arbeitsstellen und durch das Ausscheiden bisheriger Arbeitnehmer bedingt sein. Offene Stellen können mit Arbeitslosen, bereits beschäftigten Arbeitnehmern oder Kräften, die bislang nicht den Erwerbspersonen angehörten, besetzt werden. Eine ausführliche Diskussion ist bei Bleakley und Fuhrer (1997) sowie Petrolongo und Pissarides (2001) zu finden.



ten beruht, gelangt zu einer ähnlichen Beurteilung der Veränderungen der Ausgleichsprozesse.

Zur Bestätigung der aus der Beveridge-Kurve abgeleiteten allgemeinen Einschätzung und zur Bestimmung der Art des Mismatches (qualifikatorisch, berufsbezogen oder regional) werden etwas spezifischere Indikatoren herangezogen. Sie geben Aufschluss über die *Größenordnung* des Ungleichgewichts in den einzelnen Ländern und die *Veränderungen* bei den Ausgleichsprozessen. Um mögliche strukturelle Veränderungen hervorzuheben, werden die Indikatoren bis 1990 zurückgerechnet. Allerdings ist der Vergleich mit der vorangegangenen konjunkturellen Aufschwungsphase Ende der Achtziger- und Anfang der Neunzigerjahre nicht immer möglich, da eine Aufschlüsselung der Arbeitslosen und der Beschäftigten nach Berufssparte und Bildungsstand frühestens ab 1992 vorliegt.

#### **Dauer der Arbeitslosigkeit und Laufzeit offener Stellen**

Anhaltspunkte für die *Persistenz* der Mismatches lassen sich aus der Analyse der Dauer der Arbeitslosigkeit und der Laufzeit der offenen Stellen gewinnen.<sup>42</sup> Erstens könnte ein hoher Anteil an Kurzarbeitslosigkeit und Kurzarbeitsvakanz (von weniger als sechs Monaten) auf einen erheblichen friktional bedingten, vorübergehenden Mismatch zwischen Arbeitssuchenden und offenen Stellen hindeuten. Zweitens könnte ein Rückgang des Anteils der Langzeitarbeitslosigkeit bzw. ein Anstieg des Anteils der Kurzarbeitslosigkeit auf eine rückläufige durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit und damit auf einen (im Verhältnis zu den Veränderungen bei der Laufzeit der offenen Stellen) verbesserten Ausgleichsprozess schließen lassen. Drittens könnte eine hohe Anzahl an Langzeitarbeitslosen in einer konjunkturellen Aufschwungsphase erkennen lassen, dass viele Arbeitssuchende aufgrund eines Verlustes an Humankapital, verminderten Bemühungen um eine Arbeitsstelle und Stigmaeffekten (z. B. eines Hysterese-Effekts) dauerhaft vom

Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind und deshalb zur Besetzung offener Stellen weniger geeignet sind.

Die **Varianz der relativen Arbeitslosenquote** nach Lipsey (1960) ergibt sich als

$$m_U = \text{Var}\left(\frac{u_i}{u}\right)$$

wobei  $u_i$  die Arbeitslosenquote für die Gruppe  $i$  bezeichnet und  $u$  die Arbeitslosenquote insgesamt. Ein höherer Wert deutet auf breiter gestreute gruppenspezifische Arbeitslosenquoten und damit auf einen größeren Mismatch hin. Unter bestimmten einschränken den theoretischen Annahmen hinsichtlich der Krümmung der Preis- und Lohnfunktionen und der Tatsache, dass das Lohnverhalten in einem Wirtschaftszweig primär durch die Arbeitslosigkeit in diesem Sektor und nicht durch diejenige in einer führenden Branche bestimmt wird, ergibt  $\frac{1}{2} m_U$  einen Schätzwert für den auf den Mismatch in einer gegebenen Dimension zurückzuführenden (in logarithmischer Form dargestellten) Anteil an der Gesamtarbeitslosigkeit.<sup>43</sup> Um jedoch Diskussionen über die empirische Relevanz dieser Annahmen zu vermeiden, wird der Indikator  $m_U$  in diesem Bericht nur als Messgröße für die Heterogenität des Arbeitsmarkts in einer begrenzten Anzahl an Dimensionen, in der Regel Bildungsstand, Beruf und Region, verwendet. Qualifikatorische und berufsbezogene Indikatoren sind besonders aussagekräftig, da sie in den einzelnen Ländern jeweils identisch aufgeschlüsselt werden. So wird die Schulbildung z. B. einheitlich nach Schulausbildung der Sekundarstufe I und niedriger, Schulausbildung der Sekundarstufe II und Hochschulbildung unterteilt. Darüber hinaus sind die aus der Arbeitskräfteerhebung oder der REGIO-Datenbank von Eurostat stammenden Daten zur Arbeitslosigkeit standardisiert.

42 Angaben zu Laufzeiten von offenen Stellen liegen nur für Belgien, Deutschland, die Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland, d. h. gut 45 % der Erwerbspersonen im Euro-Währungsgebiet, vor.

43 Eine Diskussion findet sich bei Layard, Nickell und Jackman (1991), S. 307–317.



## Literaturverzeichnis

*Addison, J.T. und P. Portugal (1998)*, „Job search methods and outcomes“, Working paper 8-98, Banco de Portugal, Lissabon.

*Blanchard, O.J. und P. Diamond (1989)*, „The Beveridge Curve“, Brookings Papers on Economic Activity, Vol. 1, S. 1-76.

*Blanchard, O.J. und L.H. Summers (1988)*, „Beyond the Natural Rate Hypothesis“, American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. 78(2), S. 182-187.

*Blanchard, O.J. und J. Wolfers (2000)*, „The role of shocks and institutions in the rise of European unemployment: The aggregate evidence“, Economic Journal, Vol. 110, C1-C33.

*Bleakley, H. und J.C. Fuhrer (1997)*, „Shifts in the Beveridge curve, job matching and labour market dynamics“, New England Economic Review, S. 3-19.

*Boeri, T. (2000)*, „Social Europe: Dramatic visions and real complexity“, CEPR Working Paper No. 2371, London.

*Boeri, T., R. Layard und S. Nickell (2000)*, „Welfare-to-work and the fight against long-term unemployment“, Bericht an die Premierminister Blair und D'Alema.

*Brandolini, A. und P. Cipollone (2001)*, „Evidence on mismatch in Italy“, als Hintergrundmaterial für den vorliegenden Bericht erstellter Aufsatz, Banca d'Italia, Rom.

*Carone, G. und A. Salomäki, (2001)*, „Reforms in tax-benefit systems in order to increase employment incentives in the EU“, Europäische Kommission, Economic Paper No. 160, Brüssel.

*Europäische Kommission (2000)*, „Joint Employment Report“, Generaldirektion für Beschäftigung und Soziales, Brüssel.

*Europäische Kommission (2001a)*, „Employment in Europe 2001 – Recent trends and prospects“, Generaldirektion für Beschäftigung und Soziales, Juli 2001, Brüssel.

*Europäische Kommission (2001b)*, „European Economy, Public Finances in EMU – 2001“, Generaldirektion für Wirtschaft und Finanzen, Brüssel.

*Europäische Kommission (2001c)*, „On an open method of co-ordination for the Community immigration policy“, Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, 11. Juli 2001.

*Heckman, J.J. und C. Pagés (2000)*, „The cost of job security regulation: evidence from Latin American labour markets“, NBER Working Paper No. 7775.

*IWF (2001)*, „World Economic Outlook“, Washington D.C.

*Layard, R. S. Nickell und R. Jackman (1991)*, „Unemployment: macroeconomic performance and the labour market“, Oxford University Press, Oxford.

*Lindbeck, A. und D. Snower (1986)*, „Wage Setting, Unemployment and Insider-Outsider Relations“, *American Economic Review, Papers and Proceedings*, Vol. 76(2), S. 235–239.

*Lipsey, R. (1960)*, „The relation between unemployment and the rate of change of money wages in the United Kingdom, 1862-1957: a further analysis“, *Economica*, Vol. 27(1), S. 1–31.

*Nickell, S. (1997)*, „Unemployment and labour market rigidities: Europe versus North America“, *Journal of Economic Perspectives*, Vol. 11, S. 55–74.

*OECD (1994)*, „Employment Outlook“, Paris.

*OECD (1999)*, „Employment Outlook“, Paris.

*OECD (2001)*, „Employment Outlook“, Paris.

*Petrolongo, B. und C. Pissarides (2001)*, „Looking into the black box: a survey of the matching function“, *Journal of Economic Literature*, Vol. 39, S. 390–431.

*Pisani-Ferry, J. (2000)*, „Plein emploi“, *Conseil d'analyse économique*, Dezember 2000, Paris.